

Bundesgesetzblatt ¹

Teil II

Z 1998 A

1976	Ausgegeben zu Bonn am 6. Januar 1976	Nr. 1
------	--------------------------------------	-------

Tag	Inhalt	Seite
19. 12. 75	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 1. Juni 1967 über das Verhalten beim Fischfang im Nordatlantik 793-4	1
18. 12. 75	Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Weltorganisation für Tourismus (WTO)	23
15. 12. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen	35

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 1. Juni 1967 über das Verhalten beim Fischfang im Nordatlantik

Vom 19. Dezember 1975

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in London am 15. November 1967 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 1. Juni 1967 über das Verhalten beim Fischfang im Nordatlantik wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Bundesminister für Verkehr werden ermächtigt, für den Bereich nach Artikel 8 Abs. 2 des Übereinkommens für solche Fahrzeuge oder Geräte, die wegen ihrer Größe oder Art nur in Küstengewässern verwendet werden, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates besondere Bestimmungen zu erlassen oder Befreiungen vorzusehen (Artikel 8 Abs. 3 des Übereinkommens) in bezug auf

1. die zu verwendenden Sichtzeichen und Schallsignale (Anlage III des Übereinkommens),
2. die Kennzeichnung von Netzen, Leinen und sonstigen Geräten (Anlage IV des Übereinkommens),
3. das Verhalten der Fahrzeuge (Anlage V des Übereinkommens).

(2) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Bundesminister für Ver-

kehr werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Änderungen der Anlagen des Übereinkommens nach Maßgabe seines Artikels 11, die der Sicherstellung der Ordnung und eines geregelten Verhaltens auf den Fangplätzen dienen, in Kraft zu setzen und sie in die Bußgeldvorschriften des Artikels 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und Abs. 2 einzubeziehen.

(3) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung

1. die Registrierung der Fischereifahrzeuge, die Zuteilung der Kennzeichen und die Ausstellung der Urkunden (Artikel 3 und Anlage II des Übereinkommens) zu regeln,
2. für den Bereich nach Artikel 8 Abs. 2 des Übereinkommens für solche Fahrzeuge oder Geräte, die wegen ihrer Größe oder Art nur in Küstengewässern verwendet werden, besondere Bestimmungen zu erlassen oder Befreiungen vorzusehen in bezug auf die Registrierung und Kennzeichnung von Fischereifahrzeugen (Artikel 8 Abs. 3 und Anlage II des Übereinkommens).

Die Landesregierungen können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung ganz oder zum Teil auf oberste Landesbehörden übertragen.

(4) Die Landesregierungen oder die von ihnen bestimmten obersten Landesbehörden unterrichten den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Zuteilung der Kennzeichen an die Fischereifahrzeuge.

Artikel 3

Die Vorschriften der Anlage II des Übereinkommens in der jeweils geltenden Fassung, die auf Grund von Artikel 2 Abs. 3 erlassenen Rechtsverordnungen sowie Artikel 6 Abs. 1 Nr. 1, 2 Buchstabe a und Nr. 4 sind auch auf den Seeschiffstraßen im Sinne des § 1 der Seeschiffstraßen-Ordnung vom 3. Mai 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 641), geändert durch die Erste Verordnung zur Änderung der Seeschiffstraßen-Ordnung vom 7. Juli 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 1169), sowie in den Häfen anzuwenden.

Artikel 4

(1) Außerhalb der seewärtigen Begrenzung des Küstenmeeres der Bundesrepublik Deutschland wird die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Übereinkommens, dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften von den Kapitänen oder den Schiffsoffizieren des nautischen Dienstes der im Fischereihilfsdienst eingesetzten Fahrzeuge der Bundesrepublik Deutschland, von sonstigen vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten oder vom Bundesminister für Verkehr hierzu beauftragten Bediensteten und, soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist, von besonders bevollmächtigten Kontrollbeamten (Artikel 9 des Übereinkommens) der Fischereiaufsichtsdienste der Vertragsstaaten des Übereinkommens durchgeführt.

(2) Binnenwärts der seewärtigen Begrenzung des Küstenmeeres obliegt die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Übereinkommens, dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften hinsichtlich der Regeln der Anlagen II und V des Übereinkommens den nach Landesrecht zuständigen Behörden; sie obliegt im übrigen den Behörden der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes.

(3) Die Vollzugsbeamten sind ermächtigt, die zur Einhaltung der Vorschriften erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die der Überwachung dienenden Handlungen besonders bevollmächtigter Kontrollbeamter stehen den Diensthandlungen von Amtsträgern im Sinne des § 113 des Strafgesetzbuches gleich.

(4) Wohnräume dürfen nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreten werden.

Artikel 5

Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe dieses Gesetzes eingeschränkt.

Artikel 6

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. als Eigentümer, Besitzer oder Führer eines Fischereifahrzeugs einer Vorschrift der Regel 1 Abs. 1, 2 oder 3 der Anlage II des Übereinkommens über das Aufmalen der Buchstaben, der Nummer und des Namens des Fischereifahrzeugs oder deren Erkennbarkeit,

2. als Führer eines Fischereifahrzeugs

- a) der Regel 2 Abs. 1 der Anlage II des Übereinkommens über das Mitführen der Urkunde an Bord,
 - b) einer Vorschrift der Regel 1 Abs. 2 Satz 1, Abs. 4 Satz 1, der Regel 2 Abs. 1 und 3 oder der Regel 3 Abs. 1 der Anlage III des Übereinkommens über das Führen, Zeigen oder Setzen von Lichtern, der Flagge oder eines Scheinwerfers,
 - c) der Vorschrift der Regel 4 der Anlage III des Übereinkommens über das Benutzen von Schallsignalen,
 - d) einer Vorschrift der Regel 1 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 und 2, Abs. 3 und 5 oder der Regel 2 Abs. 1 der Anlage IV des Übereinkommens über die Kennzeichnung von Netzen, Leinen und sonstigen Geräten,
3. als Führer eines Fahrzeugs einer Vorschrift der Regeln 2 bis 6 und 7 Abs. 1, 2, 1. Halbsatz, und Abs. 3 der Anlage V des Übereinkommens über das Verhalten der Fahrzeuge,
4. einer Rechtsverordnung nach Artikel 2 Abs. 1 oder Abs. 3 Nr. 2, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,
- zuzwiderhandelt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1, 2 Buchstabe a und Nr. 4, soweit die Rechtsverordnung auf Grund des Artikels 2 Abs. 3 Nr. 2 erlassen ist, mit einer Geldbuße bis zu dreitausend Deutsche Mark, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 Buchstabe b bis d, Nr. 3 und Nr. 4, soweit die Rechtsverordnung auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 erlassen ist, mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind

1. die nach Landesrecht zuständigen Behörden bei Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nr. 1, 2 Buchstabe a, Nr. 3 und Nr. 4 in Verbindung mit Artikel 2 Abs. 3 Nr. 2, die binnenwärts der seewärtigen Begrenzung des Küstenmeeres begangen worden sind,
2. der Bundesminister für Verkehr in den übrigen Fällen; er kann seine Zuständigkeit durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates auf nachgeordnete Behörden seines Bereiches übertragen.

Artikel 7

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 8

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 16 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

(3) Mit dem Inkrafttreten des Übereinkommens treten außer Kraft

1. das Gesetz vom 30. April 1884 zur Ausführung der internationalen Konvention vom 6. Mai 1882

betreffend die polizeiliche Regelung der Fischerei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer (Reichsgesetzbl. 1884 S. 48),

2. das Gesetz vom 28. April 1957 über das Abkommen vom 3. Juni 1955 zu dem am 6. Mai 1882 im Haag unterzeichneten Internationalen Vertrag betreffend die polizeiliche Regelung der Fischerei in der Nordsee (Bundesgesetzbl. 1957 II S. 213).

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 19. Dezember 1975

Der Bundespräsident
Scheel

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
J. Ertl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Der Bundesminister für Verkehr
Gscheidle

**Übereinkommen
über das Verhalten beim Fischfang im Nordatlantik**

**Convention
on Conduct of Fishing Operations in the North Atlantic**

**Convention
sur l'exercice de la pêche dans l'Atlantique Nord**

(Übersetzung)

The Governments of Belgium, Canada, Denmark, the French Republic, the Federal Republic of Germany, Iceland, Ireland, Italy, Luxembourg, the Netherlands, Norway, the Polish People's Republic, Portugal, Spain, Sweden, the Union of Soviet Socialist Republics, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America,

Les Gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, de la Belgique, du Canada, du Danemark, de l'Espagne, des Etats-Unis d'Amérique, de la République Française, de l'Irlande, de l'Islande, de l'Italie, du Luxembourg, de la Norvège, des Pays-Bas, de la République Populaire de Pologne, du Portugal, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, de la Suède, et de l'Union des Républiques Socialistes Soviétiques,

Die Regierungen Belgiens, Kanadas, Dänemarks, der Französischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, Islands, Irlands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, der Volksrepublik Polen, Portugals, Spaniens, Schwedens, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland —

Desiring to ensure good order and conduct on the fishing grounds in the North Atlantic area;

Désireux d'assurer l'ordre et la discipline sur les lieux de pêche dans la zone de l'Atlantique Nord,

von dem Wunsche geleitet, Ordnung und ein geregeltes Verhalten auf den Fangplätzen im Bereich des Nordatlantiks sicherzustellen, —

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

haben folgendes vereinbart:

Article 1

(1) The present Convention applies to the waters of the Atlantic and Arctic Oceans and their dependent seas which are more specifically defined in Annex I to this Convention.

(1) La présente Convention s'applique aux eaux de l'Océan Atlantique, de l'Océan Arctique et de leurs mers tributaires qui sont définies avec plus de précision à l'Annexe I de la présente Convention.

(1) Dieses Übereinkommen findet Anwendung in den Gewässern des Atlantischen Ozeans, des Nordpolarmeers und deren Nebengewässern, die in Anlage I zu diesem Übereinkommen umschrieben sind.

(2) In this Convention

(2) Au sens de la présente Convention

(2) In diesem Übereinkommen

"fishing vessel" means any vessel engaged in the business of catching fish;

l'expression «bateau de pêche» signifie tout bateau utilisé à titre professionnel pour la capture du poisson.

bedeutet „Fischereifahrzeug“ jedes Schiff, das zum gewerblichen Fischfang eingesetzt wird,

"vessel" means any fishing vessel and any vessel engaged in the business of processing fish or providing supplies or services to fishing vessels.

Le terme «bateau» signifie tout bateau de pêche et tout bateau utilisé à titre professionnel à la transformation du poisson ou à la fourniture de matériel ou de services aux bateaux de pêche.

bedeutet „Fahrzeug“ jedes Fischereifahrzeug und jedes sonstige Schiff, das gewerbsmäßig zur Verarbeitung von Fisch oder zur Versorgung oder Betreuung von Fischereifahrzeugen eingesetzt wird.

Article 2

Nothing in this Convention shall be deemed to affect the rights, claims or views of any Contracting Party in regard to the limits of territorial waters or national fishery limits, or of the jurisdiction of a coastal State over fisheries.

Article 2

Rien, dans la présente Convention, ne peut être considéré comme portant atteinte aux droits, aux réclamations ou aux vues d'une Partie Contractante, en ce qui concerne les limites des eaux territoriales ou les limites nationales de pêche ou la juridiction d'un Etat riverain sur les pêcheries.

Artikel 2

Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte, Ansprüche oder Auffassungen einer Vertragspartei in bezug auf die Grenzen der Hoheitsgewässer oder die staatlichen Fischereigrenzen oder die Fischereihoheit eines Küstenstaats.

Article 3

(1) The fishing vessels of each Contracting Party shall be registered and marked in accordance with the regulations of that Party in order to ensure their identification at sea.

(2) The competent authority of each Contracting Party shall specify one or more letters and a series of numbers for each port or district.

(3) Each Contracting Party shall draw up a list showing these letters.

(4) This list, and all modifications which may subsequently be made in it, shall be notified to the other Contracting Parties.

(5) The provisions of Annex II to this Convention shall apply to fishing vessels and their small boats and fishing implements.

Article 4

(1) In addition to complying with the rules relating to signals as prescribed in the International Regulations for Preventing Collisions at Sea, the fishing vessels of each Contracting Party shall comply with the provisions of Annex III to this Convention.

(2) No other additional light and sound signals than those provided in the Annex shall be used.

Article 5

Nets, lines and other gear anchored in the sea and nets or lines which drift in the sea shall be marked in order to indicate their position and extent. The marking shall be in accordance with the provisions of Annex IV to this Convention.

Article 6

(1) Subject to compliance with the International Regulations for Preventing Collisions at Sea all vessels shall conduct their operations so as not to interfere with the operations of fishing vessels or fishing gear and shall conform to the provisions of Annex V to this Convention.

(2) For the better implementation of these provisions the competent authorities of Contracting Parties may at their discretion notify the competent authorities of other Contracting Parties likely to be concerned of concentrations or probable concentrations known to them of fishing vessels or fishing gear, and Contracting Parties receiving such notification shall take such steps as are practi-

Article 3

(1) Les bateaux de pêche de chaque Partie Contractante sont enregistrés et marqués conformément à la réglementation interne de chaque Partie de façon à assurer leur identification en mer.

(2) L'autorité compétente de chaque Partie Contractante désigne une ou plusieurs lettres et une série de chiffres pour chaque port ou circonscription maritime.

(3) Chacune des Parties Contractantes établit une liste de ces lettres.

(4) Cette liste et toutes les modifications qui pourront y être apportées par la suite sont notifiées aux autres Parties Contractantes.

(5) Les dispositions de l'Annexe II de la Convention s'appliquent aux bateaux de pêche, à leurs embarcations et à leur matériel de pêche.

Article 4

(1) En plus des règles relatives aux signaux prescrites par le Règlement international pour prévenir les abordages en mer, les bateaux de pêche de chaque Partie Contractante se conforment aux dispositions de l'Annexe III de la présente Convention.

(2) Il est interdit d'utiliser d'autres feux ou signaux phoniques supplémentaires que ceux prévus à l'Annexe.

Article 5

Les filets, les lignes et autres engins mouillés en mer, ainsi que les filets ou les lignes dérivants, doivent être marqués de façon à signaler leur position et leur étendue. Le marquage doit être conforme aux dispositions de l'Annexe IV de la présente Convention.

Article 6

(1) Sous réserve de l'observation du Règlement international pour prévenir les abordages en mer, tous les bateaux doivent manœuvrer de manière à ne pas gêner les opérations des bateaux de pêche et à ne pas déranger les engins de pêche et doivent se conformer aux dispositions de l'Annexe V de la présente Convention.

(2) En vue d'assurer l'application de ces dispositions, les autorités compétentes des Parties Contractantes peuvent, de leur propre initiative, notifier aux autorités compétentes d'autres Parties Contractantes susceptibles d'être intéressées, les concentrations ou concentrations probables de bateaux de pêche ou d'engins de pêche dont elles ont connaissance; les Parties Contractantes qui reçoivent de

Artikel 3

(1) Die Fischereifahrzeuge jeder Vertragspartei werden nach deren Rechtsvorschriften registriert und gekennzeichnet, um ihre Identifizierung auf See sicherzustellen.

(2) Die zuständige Behörde jeder Vertragspartei setzt für jeden Hafen oder Seebezirk einen oder mehrere Buchstaben und eine Reihe von Zahlen fest.

(3) Jede Vertragspartei erstellt ein Verzeichnis dieser Buchstaben.

(4) Dieses Verzeichnis und alle nachträglich daran vorgenommenen Änderungen werden den anderen Vertragsparteien notifiziert.

(5) Die Bestimmungen der Anlage II zu diesem Übereinkommen finden auf Fischereifahrzeuge und ihre Beiboote und Fanggeräte Anwendung.

Artikel 4

(1) Zusätzlich zu den Vorschriften über Signale, die in den Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See enthalten sind, haben die Fischereifahrzeuge der Vertragsparteien die Bestimmungen der Anlage III zu diesem Übereinkommen zu befolgen.

(2) Andere zusätzliche Licht- und Schallsignale als die in der Anlage vorgesehenen dürfen nicht benutzt werden.

Artikel 5

Netze, Leinen und sonstige Geräte, die in der See verankert sind, sowie Netze oder Leinen, die in der See treiben, sind so zu kennzeichnen, daß ihre Position und Ausdehnung erkennbar sind. Die Kennzeichnung hat den Bestimmungen der Anlage IV zu diesem Übereinkommen zu entsprechen.

Artikel 6

(1) Vorbehaltlich der Befolgung der Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See haben alle Fahrzeuge sich so zu verhalten, daß sie die Tätigkeit von Fischereifahrzeugen oder deren Fanggerät nicht behindern; sie haben die Bestimmungen der Anlage V zu diesem Übereinkommen zu beachten.

(2) Zur besseren Durchführung dieser Bestimmungen können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien nach ihrem Ermessen ihnen bekannte, tatsächliche oder zu erwartende Ansammlungen von Fischereifahrzeugen oder Fanggeräten den zuständigen Behörden anderer Vertragsparteien notifizieren, die wahrscheinlich davon betroffen sind; Vertragsparteien, die eine derartige Notifikation erhalten, unter-

cable to inform their vessels thereof. The authorised officers appointed in accordance with Article 9 of this Convention may also draw the attention of vessels to fishing gear placed in the sea.

Article 7

(1) In any dispute that arises between the nationals of different Contracting Parties concerning damaged gear or damage to vessels resulting from entanglement of gear, the following procedure will apply in the absence of agreement among the Contracting Parties concerning the resolution of such disputes:

At the request of the Contracting Party of a complainant each Contracting Party concerned will appoint a review board or other appropriate authority for handling the claim. These boards or other authorities will examine the facts and endeavour to bring about a settlement.

(2) These arrangements are without prejudice to the rights of complainants to prosecute their claims by way of ordinary legal procedure.

Article 8

(1) Each Contracting Party undertakes to take such measures as may be appropriate to implement and enforce the provisions of this Convention with respect to its vessels and gear.

(2) Within the area where a coastal State has jurisdiction over fisheries, the implementation and enforcement of the provisions of this Convention shall be the responsibility of the coastal State.

(3) Within that area the coastal State may make special rules and exemptions from any of the Rules in Annexes II to V to this Convention for vessels or gear which by reason of their size or type operate or are set only in coastal waters, provided that there shall be no discrimination in form or in fact against vessels of other Contracting Parties entitled to fish in those waters. Before making special rules and exemptions under this paragraph in respect of areas in which foreign fishing vessels operate a Contracting Party shall inform the Contracting Parties concerned of their intentions and consult them if they so wish.

telles notifications, prennent toutes dispositions pratiques pour en informer leurs bateaux. Les Officiers autorisés désignés en application de l'Article 9 de la Convention peuvent également attirer l'attention des bateaux sur les engins disposés en mer.

Article 7

(1) Dans tout différend survenu entre les ressortissants de différentes Parties Contractantes au sujet d'un dommage causé à des engins, ou à des bateaux, du fait d'enchevêtrement d'engins, et en l'absence d'accord entre les Parties Contractantes relatif au règlement de ce différend, la procédure suivante est applicable:

A la demande de la Partie Contractante de la nationalité du plaignant, chacune des Parties Contractantes concernées désigne une commission d'enquête ou toute autre autorité appropriée pour instruire la réclamation. Ces commissions ou autres autorités examinent les faits et s'efforcent d'aboutir à un règlement.

(2) Ces dispositions ne portent pas atteinte aux droits des plaignants de poursuivre leur action en dommages et intérêts par les voies de droit ordinaires.

Article 8

(1) Chaque Partie Contractante s'engage à prendre les mesures appropriées en vue de mettre en vigueur et de faire observer les dispositions de la présente Convention à l'égard de ses bateaux et de leurs engins.

(2) A l'intérieur de la zone de pêche soumise à sa juridiction, l'Etat riverain est responsable de la mise en vigueur et de l'observation des dispositions de la présente Convention.

(3) A l'intérieur de cette zone, l'Etat riverain peut prévoir des règles spéciales et des exemptions à l'une quelconque des règles des Annexes II à V de la présente Convention, pour les bateaux ou engins qui, en raison de leurs dimensions ou de leur type, n'opèrent ou ne sont utilisés que dans ses eaux côtières, à la condition qu'il n'en résulte aucune discrimination ni en droit ni en fait à l'encontre des bateaux des autres Parties Contractantes ayant le droit de pêcher dans ces eaux. Avant d'établir de telles règles ou exemptions spéciales en application des dispositions du présent paragraphe, pour des zones à l'intérieur desquelles opèrent des bateaux de pêche étrangers, une Partie Contractante doit informer de son intention les Parties Contractantes concernées et les consulter si celles-ci le désirent.

nehmen alle durchführbaren Schritte, um ihre Fahrzeuge darüber zu unterrichten. Die nach Artikel 9 bevollmächtigten Beamten können ebenfalls Fahrzeuge auf in der See ausgebrachtes Fanggerät aufmerksam machen.

Artikel 7

(1) Entsteht zwischen Staatsangehörigen verschiedener Vertragsparteien eine Streitigkeit wegen beschädigten Geräts oder wegen Schäden an Fahrzeugen infolge Verwicklung des Geräts, so findet in Ermangelung einer Einigung zwischen den Vertragsparteien über die Beilegung derartiger Streitigkeiten folgendes Verfahren Anwendung:

Auf Antrag der Vertragspartei eines Beschwerdeführers bestellt jede Vertragspartei eine Prüfungskommission oder eine sonstige geeignete Stelle zur Behandlung des Anspruchs. Diese Kommissionen oder sonstigen Stellen untersuchen den Tatbestand und bemühen sich um eine Beilegung.

(2) Diese Regelung berührt nicht das Recht der Beschwerdeführer, ihre Ansprüche im ordentlichen Gerichtsverfahren geltend zu machen.

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in bezug auf ihre Fahrzeuge und deren Gerät geeignete Maßnahmen zur Durchführung dieses Übereinkommens zu treffen.

(2) In dem Gebiet, in dem ein Küstenstaat die Fischereihoheit besitzt, ist die Durchführung dieses Übereinkommens Aufgabe des Küstenstaats.

(3) Für dieses Gebiet kann der Küstenstaat besondere Regeln aufstellen und Befreiungen von Regeln der Anlagen II bis V für solche Fahrzeuge oder Geräte erteilen, die wegen ihrer Größe oder Art nur in Küstengewässern verwendet werden, vorausgesetzt, daß dies weder de jure noch de facto eine Diskriminierung gegenüber den zum Fischen in diesen Gewässern berechtigten Fahrzeugen anderer Vertragsparteien zur Folge hat. Vor der Festlegung besonderer Regeln und Befreiungen aufgrund dieses Absatzes für Gebiete, in denen ausländische Fischereifahrzeuge tätig sind, gibt die Vertragspartei ihre Absicht den betroffenen Vertragsparteien bekannt und konsultiert sie, wenn sie es wünschen.

Article 9

(1) To facilitate the implementation of the provisions of the Convention the arrangements set out in this Article and in Annex VI to this Convention shall apply outside national fishery limits.

(2) Authorised officers means officers who may be appointed by the Contracting Parties for the purpose of these arrangements.

(3) Any Contracting Party shall, upon the request of another Contracting Party, notify the latter of the names of the authorised officers who have been appointed or of the ships in which such officers are carried.

(4) Authorised officers shall observe whether the provisions of the Convention are being carried out, enquire and report on infringements of the provisions of the Convention, seek information in cases of damage, where desirable draw the attention of vessels of Contracting Parties to the provisions of the Convention, and shall co-operate for these purposes with the authorised officers of other Contracting Parties.

(5) If an authorised officer has reason to believe that a vessel of any Contracting Party is not complying with the provisions of the Convention, he may identify the vessel, seek to obtain the necessary information from the vessel and report. If the matter is sufficiently serious, he may order the vessel to stop and, if it is necessary in order to verify the facts of the case, he may board the vessel for enquiry and report.

(6) If an authorised officer has reason to believe that a vessel or its gear has caused damage to a vessel or fishing gear and that this may be due to a breach of the Convention, he may, under the same conditions as in the preceding paragraph, order any vessel concerned to stop and board it for enquiry and report.

(7) An authorised officer shall not order a fishing vessel to stop while it is actually fishing or engaged in shooting or hauling gear except in an emergency to avoid damage to vessels or gear.

(8) An authorised officer shall not pursue his enquiries further than is necessary to satisfy him either that there has been no breach of the Convention, or, where it appears to him that a breach has occurred, to secure

Article 9

(1) En vue de faciliter l'application de la Convention, les dispositions du présent Article et de l'Annexe VI de ladite Convention sont applicables en dehors des limites nationales de pêche.

(2) L'expression «Officiers autorisés» signifie les Officiers que les Parties Contractantes peuvent désigner au titre des présentes dispositions.

(3) Toute Partie Contractante, à la demande d'une autre Partie Contractante, notifiée à cette dernière les noms des Officiers autorisés qu'elle a désignés au titre des présentes dispositions, ou les noms des bâtiments à bord desquels ils sont embarqués.

(4) Les Officiers autorisés veillent à l'application des dispositions de la Convention, enquêtent, et rendent compte des cas d'infractions à ces dispositions, s'informent dans les cas de dommages, appellent s'il y a lieu l'attention des patrons des bateaux des Parties Contractantes sur les dispositions de la Convention, et coopèrent à ces fins avec les Officiers autorisés des autres Parties Contractantes.

(5) Lorsqu'un Officier autorisé a lieu de croire qu'un bateau d'une Partie Contractante quelconque ne respecte pas les dispositions de la Convention, il peut procéder à l'identification du bateau, s'efforcer d'obtenir de ce bateau les renseignements nécessaires et établir un rapport. Si le cas est suffisamment sérieux, il peut donner l'ordre au bateau de stopper et, s'il apparaît nécessaire de vérifier les faits, monter à bord pour enquêter et établir un rapport.

(6) Si un Officier autorisé a lieu de croire qu'un bateau ou ses engins ont causé un dommage à un autre bateau ou à ses engins et que cet incident est dû à une infraction à la Convention, il peut, dans les conditions indiquées au paragraphe précédent, donner à tout bateau concerné l'ordre de stopper et monter à bord pour enquêter et établir un rapport.

(7) Les Officiers autorisés ne doivent pas donner à un bateau de pêche l'ordre de stopper pendant que celui-ci est en train de pêcher, de mettre à l'eau ou de remonter ses filets, sauf en cas d'urgence pour éviter des avaries à d'autres bateaux ou engins.

(8) Les Officiers autorisés ne poursuivent pas leurs enquêtes plus loin qu'il n'est nécessaire pour vérifier s'il y a eu infraction aux dispositions de la Convention, ou, s'ils estiment qu'il y a eu infraction, pour obtenir des

Artikel 9

(1) Zur leichteren Durchführung dieses Übereinkommens gelten außerhalb der staatlichen Fischereigrenzen die in diesem Artikel und in Anlage VI zu diesem Übereinkommen enthaltenen Regelungen.

(2) Bevollmächtigte Beamte sind Beamte, die von den Vertragsparteien für die Zwecke dieser Regelungen bestellt werden können.

(3) Jede Vertragspartei notifiziert auf Antrag einer anderen Vertragspartei dieser die Namen der bevollmächtigten Beamten, die bestellt worden sind, oder der Schiffe, auf denen sie stationiert sind.

(4) Die bevollmächtigten Beamten beobachten, ob die Bestimmungen des Übereinkommens durchgeführt werden, untersuchen und melden Verstöße, holen in Schadensfällen Auskünfte ein und weisen gegebenenfalls Fahrzeuge von Vertragsparteien auf die Bestimmungen hin; sie arbeiten zu diesem Zweck mit den bevollmächtigten Beamten anderer Vertragsparteien zusammen.

(5) Hat ein bevollmächtigter Beamter Grund zu der Annahme, daß ein Fahrzeug einer Vertragspartei dieses Übereinkommen nicht befolgt, so kann er das Fahrzeug feststellen, die notwendigen Auskünfte von ihm anfordern und einen Bericht anfertigen. Ist die Angelegenheit hinreichend schwerwiegend, so kann er das Fahrzeug anhalten und, falls dies zur Feststellung des Tatbestands notwendig ist, sich zwecks Untersuchung und Anfertigung eines Berichts an Bord des Fahrzeugs begeben.

(6) Hat ein bevollmächtigter Beamter Grund zu der Annahme, daß ein Fahrzeug oder dessen Gerät ein anderes Fahrzeug oder Fanggerät beschädigt hat und daß dies möglicherweise einem Verstoß gegen das Übereinkommen zuzuschreiben ist, so kann er unter den gleichen Bedingungen wie in Absatz 5 jedes in Betracht kommende Fahrzeug anhalten und sich zwecks Untersuchung und Anfertigung eines Berichts an Bord des Fahrzeugs begeben.

(7) Ein bevollmächtigter Beamter darf ein Fischereifahrzeug nicht anhalten, während es gerade fischt oder sein Gerät ausbringt oder einholt, es sei denn in Notfällen zur Vermeidung von Schäden an Fahrzeugen oder Gerät.

(8) Ein bevollmächtigter Beamter darf seine Untersuchung nicht weiter betreiben, als dies notwendig ist, um sich entweder davon zu überzeugen, daß kein Verstoß gegen das Übereinkommen vorliegt oder, falls ihm ein

information about the relevant facts, always acting in such a manner that vessels suffer the minimum interference and inconvenience.

(9) An authorised officer may, in case of damage to a vessel or fishing gear, offer to conciliate at sea, and if the parties concerned agree to this, assist them in reaching a settlement. At the request of the parties concerned the authorised officer shall draw up a protocol recording the settlement reached.

(10) Resistance by a vessel to the directions of an authorised officer shall be deemed as resistance to the authority of the flag State of that vessel.

(11) The Contracting Parties shall consider and act on reports of foreign authorised officers under these arrangements on the same basis as reports of national officers. The provisions of this paragraph shall not impose any obligation on a Contracting Party to give the report of a foreign authorised officer a higher evidential value than it would possess in the authorised officer's own country. Contracting Parties shall collaborate in order to facilitate judicial or other proceedings arising from a report of an authorised officer under this Convention.

(12) An authorised officer shall not exercise his powers to board a vessel of another Contracting Party if an authorised officer of that Contracting Party is available and in a position to do so himself.

renseignements sur les faits, et ils se comportent en toute occasion de manière à intervenir et à gêner les bateaux le moins possible.

(9) Lorsque des bateaux ou des engins de pêche ont été endommagés, les Officiers autorisés peuvent offrir de concilier en mer les intéressés, et, avec le consentement des Parties en cause, les aider à parvenir à un règlement. A la demande des Parties en cause, les Officiers autorisés dressent un acte constatant les termes du règlement intervenu.

(10) La résistance opposée par un bateau aux prescriptions d'un Officier autorisé est considérée comme résistance à l'autorité nationale dont dépend ce bateau.

(11) Les Parties Contractantes prennent en considération les rapports des Officiers autorisés étrangers, établis en application des présentes dispositions, et donnent suite à ces rapports, de la même façon que s'ils émanaient de leurs propres Officiers. Les dispositions du présent paragraphe n'imposent à une Partie Contractante aucune obligation de donner au rapport d'un Officier autorisé étranger une force probante supérieure à celle que ce rapport aurait dans le pays de l'Officier dont il émane. Les Parties Contractantes coopèrent pour faciliter les procédures judiciaires ou autres, entamées sur la base du rapport établi par un Officier autorisé en application de la présente Convention.

(12) Les Officiers autorisés n'exercent pas leur pouvoir de monter à bord d'un bateau d'une autre Partie Contractante si un Officier autorisé de cette Partie Contractante est disponible et se trouve en mesure de le faire lui-même.

Verstoß vorzuliegen scheint, um sich Informationen über den betreffenden Tatbestand zu verschaffen; dabei hat er stets so vorzugehen, daß die Fahrzeuge so wenig wie möglich behindert oder gestört werden.

(9) Ein bevollmächtigter Beamter kann sich bei Schäden an einem Fahrzeug oder Fanggerät erboten, den Fall auf See zu schlichten, und kann, wenn die betroffenen Parteien dem zustimmen, ihnen helfen, die Angelegenheit beizulegen. Auf Antrag der betroffenen Parteien fertigt der bevollmächtigte Beamte ein Protokoll über die erzielte Beilegung an.

(10) Widerstand eines Fahrzeugs gegen die Anordnungen eines bevollmächtigten Beamten gilt als Widerstand gegen die Hoheitsgewalt des Flaggenstaats dieses Fahrzeugs.

(11) Die Vertragsparteien berücksichtigen Berichte von ausländischen bevollmächtigten Beamten, die im Rahmen dieser Regelung erfolgen, ebenso wie Berichte ihrer eigenen bevollmächtigten Beamten und gehen ihnen ebenso nach. Dieser Absatz verpflichtet eine Vertragspartei nicht, dem Bericht eines ausländischen bevollmächtigten Beamten höhere Beweiskraft zuzubilligen, als dieser Bericht im Staat dieses Beamten besitzen würde. Die Vertragsparteien arbeiten zusammen, um gerichtliche oder sonstige Verfahren zu erleichtern, die sich aus dem Bericht eines bevollmächtigten Beamten nach diesem Übereinkommen ergeben.

(12) Ein bevollmächtigter Beamter übt seine Befugnisse, an Bord eines Fahrzeugs einer anderen Vertragspartei zu gehen, nicht aus, wenn ein bevollmächtigter Beamter dieser Vertragspartei zur Verfügung steht und in der Lage ist, dies selbst zu tun.

Article 10

(1) Any Contracting Party may propose amendments to the Articles of this Convention. The text of any proposed amendment shall be sent to the depositary Government, which shall transmit copies thereof to all Contracting Parties and signatory Governments. Any amendment shall take effect on the thirtieth day after its acceptance by all Contracting Parties.

(2) When requested by one-fourth of the Contracting Parties, the depositary Government shall convene a meeting of Contracting Parties to consider the need for amending the Articles of this Convention. Amendments shall be adopted unanimously at such a meeting and shall be notified by the depositary Government to all Contracting Parties and shall take

Article 10

(1) Toute Partie Contractante peut proposer des amendements aux articles de la présente Convention. Le texte de toute proposition d'amendement est adressé au Gouvernement dépositaire qui en transmet des copies à toutes les Parties Contractantes et aux Gouvernements signataires. Tout amendement entre en vigueur le trentième jour qui suit son acceptation par toutes les Parties Contractantes.

(2) A la demande du quart des Parties Contractantes, le Gouvernement dépositaire convoque une réunion des Parties Contractantes pour examiner s'il y a lieu d'amender les articles de la présente Convention. Les amendements sont adoptés à l'unanimité au cours de cette réunion, sont notifiés par le Gouvernement dépositaire à toutes les Parties Contractantes, et

Artikel 10

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen. Der Wortlaut jedes Änderungsvorschlags ist der Verwahrregierung zuzusenden; diese übermittelt allen Vertragsparteien und Unterzeichnerregierungen Abschriften davon. Jede Änderung tritt am dreißigsten Tag nach ihrer Annahme durch alle Vertragsparteien in Kraft.

(2) Auf Ersuchen eines Viertels der Vertragsparteien beraumt die Verwahrregierung eine Tagung der Vertragsparteien zur Erörterung der Frage an, ob eine Änderung dieses Übereinkommens erforderlich ist. Auf dieser Tagung können Änderungen nur einstimmig beschlossen werden; die Verwahrregierung notifiziert sie allen Vertragsparteien; sie treten am

effect on the thirtieth day after they have been accepted by all Contracting Parties.

(3) Notifications of acceptance of amendments shall be sent to the depositary Government.

Article 11

(1) Any Contracting Party may propose amendments to the Annexes to this Convention. The text of any proposed amendment shall be sent to the depositary Government, which shall transmit copies thereof to all Contracting Parties and signatory Governments. The depositary Government shall inform all Contracting Parties of the date on which notices of acceptance of an amendment by two-thirds of the Contracting Parties have been received. The amendment shall take effect with respect to all Contracting Parties on the one hundred and fiftieth day after that date, unless within a period of one hundred and twenty days from the same date any Contracting Party notifies the depositary Government of its objection to the amendment, in which case the amendment will have no effect.

(2) When requested by three Contracting Parties the depositary Government shall convene a meeting of Contracting Parties to consider the need for amending the Annexes to this Convention. An amendment adopted at such a meeting by a two-thirds majority of the Contracting Parties represented shall be notified by the depositary Government to all Contracting Parties and shall take effect with respect to all Contracting Parties on the two hundred and tenth day after the date of notification, unless within one hundred and eighty days from the date of notification any Contracting Party notifies the depositary Government of its objection to the amendment, in which case the amendment will have no effect.

Article 12

The Contracting Parties shall notify the depositary Government of the competent authorities they have designated for the purposes of each of the relevant provisions of this Convention. The depositary Government shall inform the Contracting Parties of any such notification.

Article 13

(1) Any dispute between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention which cannot be settled through negotiation shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration.

entrent en vigueur le trentième jour après leur acceptation par toutes les Parties Contractantes.

(3) Les notifications d'acceptation de ces amendements sont adressées au Gouvernement dépositaire.

Article 11

(1) Toute Partie Contractante peut proposer des amendements aux Annexes de la présente Convention. Le texte de toute proposition d'amendement est adressé au Gouvernement dépositaire, qui en transmet des copies à toutes les Parties Contractantes et aux Gouvernements signataires. Le Gouvernement dépositaire informe toutes les Parties Contractantes de la date à laquelle il a reçu les notifications d'acceptation d'un amendement par les deux-tiers des Parties Contractantes. L'amendement entre en vigueur à l'égard de toutes les Parties Contractantes le cent cinquantième jour après cette date, à moins que, dans un délai de cent vingt jours à partir de ladite date, une Partie Contractante ne notifie au Gouvernement dépositaire son opposition à l'amendement, auquel cas l'amendement n'entre pas en vigueur.

(2) A la demande de trois Parties Contractantes, le Gouvernement dépositaire convoque une réunion des Parties Contractantes pour examiner s'il y a lieu d'amender les Annexes de la présente Convention. Un amendement adopté à cette réunion par les deux-tiers des Parties Contractantes représentées est notifié par le Gouvernement dépositaire à toutes les Parties Contractantes, et entre en vigueur à l'égard de toutes les Parties Contractantes le deux cent dixième jour après la date de cette notification, à moins que dans les cent quatre-vingts jours à partir de la date de la notification, une Partie Contractante ne notifie au Gouvernement dépositaire son opposition à l'amendement, auquel cas l'amendement n'entre pas en vigueur.

Article 12

Les Parties Contractantes notifient au Gouvernement dépositaire les noms des autorités compétentes qu'elles ont désignées en application des dispositions pertinentes de la présente Convention. Le Gouvernement dépositaire informe les Parties Contractantes de toutes ces notifications.

Article 13

(1) Tout litige entre deux ou plusieurs Parties Contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Convention qui ne peut être réglé par voie de négociation, est, à la demande de l'une des Parties intéressées, soumis à l'arbitrage.

dreißigsten Tag nach ihrer Annahme durch alle Vertragsparteien in Kraft.

(3) Notifikationen über die Annahme von Änderungen sind der Verwahrregierung zuzuleiten.

Artikel 11

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen der Anlagen zu diesem Übereinkommen vorschlagen. Der Wortlaut jedes Änderungsvorschlags ist der Verwahrregierung zuzusenden; diese übermittelt allen Vertragsparteien und Unterzeichnerregierungen Abschriften davon. Die Verwahrregierung gibt allen Vertragsparteien den Zeitpunkt bekannt, an dem die Notifikationen über die Annahme eines Änderungsvorschlags durch zwei Drittel der Vertragsparteien eingegangen sind. Der Änderungsvorschlag tritt für alle Vertragsparteien am einhundertfünfzigsten Tag nach diesem Zeitpunkt in Kraft, sofern nicht binnen einhundertzwanzig Tagen nach diesem Zeitpunkt eine Vertragspartei der Verwahrregierung ihren Einspruch gegen den Änderungsvorschlag notifiziert; in diesem Falle tritt er nicht in Kraft.

(2) Auf Ersuchen von drei Vertragsparteien beraumt die Verwahrregierung eine Tagung der Vertragsparteien zur Erörterung der Frage an, ob eine Änderung der Anlagen zu diesem Übereinkommen erforderlich ist. Eine auf dieser Tagung von einer Zweidrittelmehrheit der vertretenen Vertragsparteien beschlossene Änderung notifiziert die Verwahrregierung allen Vertragsparteien; sie tritt für alle Vertragsparteien am zweihundertzehnten Tag nach dem Zeitpunkt der Notifizierung in Kraft, sofern nicht binnen einhundertachtzig Tagen nach diesem Zeitpunkt eine Vertragspartei der Verwahrregierung ihren Einspruch gegen die Änderung notifiziert; in diesem Falle tritt sie nicht in Kraft.

Artikel 12

Die Vertragsparteien notifizieren der Verwahrregierung die zuständigen Behörden, die sie zur Handhabung dieses Übereinkommens bestellt haben. Die Verwahrregierung unterrichtet die Vertragsparteien über jede derartige Notifizierung.

Artikel 13

(1) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird auf Antrag einer von ihnen einem Schiedsverfahren unterworfen.

(2) The request for arbitration shall include a description of the claim to be submitted and a summary statement of the grounds on which the claim is based.

(3) Unless the parties agree otherwise, the arbitration commission shall be composed of one member appointed by each party to the dispute and an additional member, who shall be the chairman, chosen in common agreement between the parties. The arbitration commission shall decide on the matters placed before it by simple majority and its decisions shall be binding on the parties. Other details of procedure shall be determined by special agreement between the parties.

(4) Notwithstanding the provisions of paragraph (3), the parties may agree to submit the dispute to arbitration in accordance with another arrangement operating between the parties.

(5) If within six months from the date of the request for arbitration the parties are unable to agree on the organisation of the arbitration, any one of those parties may refer the dispute [as referred to in paragraph (1)] to the International Court of Justice by request in conformity with the Statute of the Court.

(6) Notwithstanding the provision of paragraph (1), the parties may agree to submit the dispute to the International Court of Justice.

(2) La demande d'arbitrage précise l'objet de la réclamation soumise à l'arbitrage et expose succinctement les motifs sur lesquels elle se fonde.

(3) A moins que les Parties au litige n'en conviennent autrement, lesdites Parties désignent chacune un membre de la Commission d'arbitrage et choisissent d'un commun accord un membre supplémentaire pour en assumer la présidence. La Commission d'arbitrage statue sur les affaires qui lui sont soumises à la majorité simple, et ses décisions sont obligatoires pour les Parties. Les autres modalités de la procédure sont fixées par accord spécial entre les Parties.

(4) Par dérogation aux dispositions du paragraphe (3), les Parties peuvent convenir de soumettre le litige à l'arbitrage selon une autre procédure en vigueur entre elles.

(5) Si, dans les six mois qui suivent la date d'une demande d'arbitrage, les Parties n'ont pu se mettre d'accord sur l'organisation de celui-ci, l'une quelconque des Parties intéressées peut soumettre le litige [au sens du paragraphe (1)] à la Cour Internationale de Justice par voie de requête conforme aux statuts de la Cour.

(6) Par dérogation aux dispositions du paragraphe (1), les Parties peuvent convenir de soumettre directement le litige à la Cour Internationale de Justice.

(2) Der Antrag auf ein Schiedsverfahren muß eine Beschreibung des Anspruchs und eine kurze Darlegung der Gründe enthalten, auf die sich dieser Anspruch stützt.

(3) Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, besteht die Schiedskommission aus je einem von den Streitparteien benannten Mitglied und einem zusätzlichen Mitglied, das den Vorsitz führt und einvernehmlich von den Parteien gewählt wird. Die Schiedskommission entscheidet über die ihr vorgelegten Angelegenheiten durch einfache Mehrheit; ihre Entscheidungen sind für die Parteien bindend. Weitere Verfahrensfragen werden durch Sonderabmachungen zwischen den Parteien geregelt.

(4) Ungeachtet des Absatzes 3 können sich die Parteien darauf einigen, die Streitigkeiten einem Schiedsverfahren nach einer anderen zwischen ihnen bestehenden Vereinbarung zu unterwerfen.

(5) Können sich die Parteien binnen sechs Monaten nach dem Datum des Antrags auf ein Schiedsverfahren nicht über die Organisation dieses Verfahrens einigen, so kann jede der Parteien die Streitigkeit (im Sinne von Absatz 1) vor den Internationalen Gerichtshof bringen, indem sie entsprechend dem Statut des Gerichtshofs Klage erhebt.

(6) Ungeachtet des Absatzes 1 können die Parteien vereinbaren, die Streitigkeit direkt vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen.

Article 14

(1) Except as provided in paragraphs (2) and (3) below and paragraph (3) of Article 17, no reservations may be made to the present Convention without the agreement of the Contracting Parties and signatory Governments. When one year has elapsed after the entry into force of the Convention, the agreement of the Contracting Parties only shall be required.

(2) At the time of signature, ratification, approval or accession any State may make a reservation to Article 13 of the present Convention.

(3) Any State may, at the time of signature, ratification, approval or accession, make a reservation to paragraphs (5) and (6) of Article 9 with respect to one or more of the other Contracting Parties or signatory Governments.

(4) Any State which has made a reservation in accordance with the preceding paragraphs or paragraph (3) of Article 17 may at any time with-

Article 14

(1) Sauf dans les cas prévus aux paragraphes (2) et (3) ci-dessous et au paragraphe (3) de l'Article 17, aucune réserve ne peut être faite à la présente Convention sans l'accord des Parties Contractantes et des Gouvernements signataires. Un an après l'entrée en vigueur de la Convention, seul l'accord des Parties Contractantes est requis.

(2) Au moment de la signature, de la ratification, de l'approbation ou de l'adhésion, tout Etat peut faire une réserve à l'Article 13 de la présente Convention.

(3) Tout Etat peut, au moment de la signature, de la ratification, de l'approbation ou de l'adhésion, faire une réserve aux paragraphes (5) et (6) de l'Article 9 à l'égard d'une ou de plusieurs Parties Contractantes ou Gouvernements signataires.

(4) Toute Partie Contractante qui a fait une réserve conformément aux paragraphes précédents ou au paragraphe (3) de l'Article 17 peut à tout

Artikel 14

(1) Mit Ausnahme der in den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels und der in Artikel 17 Absatz 3 vorgesehenen Fälle können Vorbehalte zu diesem Übereinkommen nicht ohne Zustimmung der Vertragsparteien und der Unterzeichnerregierungen eingelegt werden. Nach Ablauf eines Jahres seit Inkrafttreten des Übereinkommens ist lediglich die Zustimmung der Vertragsparteien erforderlich.

(2) Bei der Unterzeichnung, der Ratifizierung, der Genehmigung oder dem Beitritt kann jeder Staat einen Vorbehalt zu Artikel 13 einlegen.

(3) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, der Ratifizierung, der Genehmigung oder dem Beitritt einen Vorbehalt zu Artikel 9 Absätze 5 und 6 in bezug auf eine oder mehrere Vertragsparteien oder Unterzeichnerregierungen einlegen.

(4) Jeder Staat, der nach den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels oder nach Artikel 17 Absatz 3 einen Vorbehalt eingelegt hat, kann ihn jeder-

draw the reservation by a communication to that effect addressed to the depositary Government.

Article 15

The present Convention shall be open for signature at London from 1st June to 30th November, 1967. It is subject to ratification or approval. The instruments of ratification or approval shall be deposited as soon as possible with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

Article 16

(1) The present Convention shall enter into force on the ninetieth day following the date of deposit of the tenth instrument of ratification or approval.

(2) Thereafter the Convention shall enter into force for each State on the ninetieth day after deposit of its instrument of ratification or approval.

Article 17

(1) Any State which has not signed the Convention may accede thereto at any time after the Convention has entered into force, provided that three-fourths of the Contracting Parties and signatory Governments agree to the proposed accession. When one year has elapsed after the entry into force of the Convention, the agreement of three-fourths of the Contracting Parties only shall be required.

(2) Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. The Convention shall enter into force for each acceding State on the ninetieth day after the deposit of its instrument of accession.

(3) At any time up to the entry into force of the Convention for a State which accedes under this Article, a Contracting Party may make a reservation to paragraphs (5) and (6) of Article 9 with respect to that State.

Article 18

(1) Any Contracting Party may, when depositing its instrument of ratification, approval or accession, or at any later date, by declaration addressed to the depositary Government, extend this Convention to any territory or territories for whose international relations it is responsible. The provisions of this Convention shall enter into force for such territory or territories on the ninetieth day after receipt of such declaration, or on the date on which the Convention enters

moment retirer cette réserve en adressant à cet effet une communication au Gouvernement dépositaire.

Article 15

La présente Convention sera ouverte à la signature, à Londres, du 1^{er} juin au 30 novembre 1967. Elle sera soumise à ratification ou à approbation. Les instruments de ratification ou d'approbation seront déposés le plus rapidement possible auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

Article 16

(1) La présente Convention entrera en vigueur le quatre-vingt dixième jour qui suivra la date du dépôt du dixième instrument de ratification ou d'approbation.

(2) Par la suite, la Convention entrera en vigueur pour chaque Etat le quatre-vingt dixième jour qui suivra la date de dépôt de son instrument de ratification ou d'approbation.

Article 17

(1) Après l'entrée en vigueur de la Convention, tout Etat qui ne l'a pas encore signée peut y adhérer à tout moment, sous réserve de l'accord des trois-quarts des Parties Contractantes et Gouvernements signataires. Un an après l'entrée en vigueur de la Convention, seul l'accord des trois-quarts des Parties Contractantes est requis.

(2) L'adhésion s'effectue par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord. La Convention entre en vigueur, pour chaque Etat qui y adhère, le quatre-vingt dixième jour suivant le dépôt de son instrument d'adhésion.

(3) Avant l'entrée en vigueur de la Convention à l'égard d'un Etat qui y adhère en vertu du présent Article, une Partie Contractante peut à tout moment formuler une réserve aux paragraphes (5) et (6) de l'Article 9 à l'égard de cet Etat.

Article 18

(1) Toute Partie Contractante peut, à l'occasion du dépôt de son instrument de ratification, d'approbation ou d'adhésion, ou à une date ultérieure quelconque, étendre la présente Convention par voie de déclaration adressée au Gouvernement dépositaire, à tout territoire ou tous territoires dont cette Partie Contractante assure les relations internationales. Les dispositions de la présente Convention entrent en vigueur pour ce ou ces territoires soit le quatre-vingt dixième jour

zeit durch eine entsprechende Mitteilung an die Verwahrregierung zurückziehen.

Artikel 15

Dieses Übereinkommen liegt vom 1. Juni bis 30. November 1967 in London zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifizierung oder Genehmigung. Die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden sind so bald wie möglich bei der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu hinterlegen.

Artikel 16

(1) Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(2) Danach tritt es für jeden Staat am neunzigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

Artikel 17

(1) Jeder Staat, der das Übereinkommen nicht unterzeichnet hat, kann ihm jederzeit nach dessen Inkrafttreten beitreten, wenn drei Viertel der Vertragsparteien und Unterzeichnerregierungen dem beabsichtigten Beitritt zustimmen. Nach Ablauf eines Jahres seit Inkrafttreten des Übereinkommens ist lediglich die Zustimmung von drei Vierteln der Vertragsparteien erforderlich.

(2) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland. Das Übereinkommen tritt für jeden beitretenden Staat am neunzigsten Tag nach Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

(3) Bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens für einen Staat, der nach diesem Artikel beitrifft, kann eine Vertragspartei in bezug auf diesen Staat jederzeit einen Vorbehalt zu Artikel 9 Absätze 5 und 6 einlegen.

Artikel 18

(1) Jede Vertragspartei kann bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde oder jederzeit danach durch eine an die Verwahrregierung gerichtete Erklärung dieses Übereinkommen auf einzelne oder alle Hoheitsgebiete erstrecken, für deren internationale Beziehungen sie verantwortlich ist. Für jedes derartige Hoheitsgebiet tritt dieses Übereinkommen am neunzigsten Tag nach Eingang dieser Erklärung oder zu dem Zeitpunkt in Kraft,

into force in accordance with paragraph (1) of Article 16, whichever is the later.

(2) Any declaration made in pursuance of the preceding paragraph may, in respect of any territory mentioned in such declaration, be withdrawn according to the procedure laid down in Article 19.

Article 19

At any time after four years from the date on which this Convention has entered into force in accordance with paragraph (1) of Article 16, any Contracting Party may denounce the Convention by means of a notice in writing addressed to the depositary Government. Any such notice shall take effect twelve months after the date of its receipt. The Convention shall remain in force as between the other Parties.

Article 20

When the present Convention has entered into force, it shall be registered by the depositary Government with the Secretariat of the United Nations in accordance with Article 102 of its Charter.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, being duly authorised thereto, have signed the present Convention.

DONE at London this first day of June, 1967, in the English and French languages, each text being equally authentic, in a single original which shall be deposited in the archives of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, which shall transmit a certified true copy thereof to each signatory and acceding Government.

après réception de cette déclaration, soit à la date à laquelle la Convention entre en vigueur conformément au paragraphe (1) de l'Article 16, selon celle des deux dates qui est la plus éloignée.

(2) Toute déclaration faite en vertu du paragraphe précédent peut être annulée à l'égard d'un territoire quelconque mentionné par cette déclaration, selon la procédure prévue à l'Article 19.

Article 19

A tout moment après l'expiration de la quatrième année qui suit l'entrée en vigueur de la présente Convention conformément au paragraphe (1) de l'Article 16, toute Partie Contractante peut la dénoncer par voie de notification écrite adressée au Gouvernement dépositaire. Toute notification de cette nature prend effet douze mois après la date de sa réception. La Convention demeure en vigueur entre les autres Parties.

Article 20

A son entrée en vigueur la présente Convention sera enregistrée par les soins du Gouvernement dépositaire auprès du Secrétariat des Nations Unies conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

FAIT à Londres le premier juin 1967 en langue française et anglaise, chaque texte faisant également foi, en un seul exemplaire original, qui sera déposé aux archives du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, lequel en transmettra une copie certifiée conforme à chacun des Gouvernements signataires ou adhérents.

an dem es nach Artikel 16 Absatz 1 in Kraft tritt, je nachdem, welcher Zeitpunkt später liegt.

(2) Jede Erklärung nach Absatz 1 kann in bezug auf jedes in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet nach dem in Artikel 19 festgelegte Verfahren zurückgezogen werden.

Artikel 19

Nach Ablauf von vier Jahren seit Inkrafttreten dieses Übereinkommens gemäß Artikel 16 Absatz 1 kann eine Vertragspartei es jederzeit durch eine schriftliche, an die Verwahrregierung gerichtete Notifikation kündigen. Die Kündigung wird zwölf Monate nach ihrem Eingang wirksam. Zwischen den anderen Vertragsparteien bleibt das Übereinkommen in Kraft.

Artikel 20

Nach seinem Inkrafttreten läßt die Verwahrregierung dieses Übereinkommen gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen bei deren Sekretariat registrieren.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London am 1. Juni 1967 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland hinterlegt wird; diese übermittelt jeder Regierung, die dieses Übereinkommen unterzeichnet oder ihm beitrifft, eine beglaubigte Abschrift.

Annex I

Annexe I

Anlage I

Area of Application
of Convention

The waters of the Atlantic and Arctic Oceans and dependent seas to which this Convention applies are the waters seaward of the baselines of the territorial sea within the area bounded:

- (a) in the south by a line drawn due west along 36° north latitude to 42° west longitude, thence due south to 35° north latitude, thence due west along 35° north latitude;
- (b) in the west by a line drawn southward from a point on the coast of Greenland at 78° 10' north latitude to a point in 75° north latitude and 73° 30' west longitude, thence along a rhumb line to a point in 69° north latitude and 59° west longitude, thence due south to 61° north latitude, thence due west to 64° 30' west longitude, thence due south to the coast of Labrador, and thence south along the coast of North America;
- (c) in the east by 51° east longitude, but excluding—
- (i) the Baltic Sea and Belts lying to the south and east of lines drawn from Hasenore Head to Griben Point and from Gilbjerg Head to the Kullen; and
- (ii) the Mediterranean Sea and its dependent seas as far as the meridian of 5° 36' west longitude.

Zone d'application
de la Convention

La présente Convention s'applique aux eaux de l'Océan Atlantique, de l'Océan Arctique, et de leurs mers tributaires situées à l'extérieur de la ligne de base de la mer territoriale et comprises dans la zone délimitée:

- (a) au Sud, par une ligne tirée droit vers l'Ouest le long du 36° de latitude Nord jusqu'au 42° de longitude Ouest, de là droit vers le Sud jusqu'au 35° de latitude Nord, et de là droit vers l'Ouest le long du 35° de latitude Nord;
- (b) à l'Ouest, par une ligne tirée vers le Sud, à partir d'un point situé sur la Côte du Groenland au 78° 10' de latitude Nord jusqu'à un point situé au 75° de latitude Nord et 73° 30' de longitude Ouest; de là, le long d'une ligne de rhumb jusqu'à un point situé au 69° de latitude Nord et au 59° de longitude Ouest; de là droit vers le Sud jusqu'au 61° de latitude Nord; de là droit vers l'Ouest jusqu'au 64° 30' de longitude Ouest; de là droit vers le Sud jusqu'à la côte du Labrador; et de là vers le Sud le long de la côte de l'Amérique du Nord;
- (c) à l'Est, par le 51° de longitude Est, mais à l'exclusion de:
- (i) la Mer Baltique et les Belts situés au Sud et à l'Est de lignes tirées de Hasenore Head à Griben Point et de Gilbjerg Head à Kullen; et
- (ii) la Mer Méditerranée et ses mers tributaires jusqu'au méridien de 5° 36' de longitude Ouest.

Anwendungsbereich
des Übereinkommens

Dieses Übereinkommen findet Anwendung in den Gewässern des Atlantischen Ozeans, des Nordpolarmeers und deren Nebengewässern, die seawärts der Basislinie des Küstenmeers liegen und ein Gebiet umfassen, das wie folgt begrenzt ist:

- a) im Süden durch eine Linie, die von 36° nördlicher Breite nach Westen bis 42° westlicher Länge, von da rechtweisend nach Süden bis 35° nördlicher Breite, alsdann entlang 35° nördlicher Breite nach Westen verläuft;
- b) im Westen durch eine Linie, die von einem Punkt an der Küste Grönlands in 78° 10' nördlicher Breite südwärts bis zu einem Punkt in 75° nördlicher Breite und 73° 30' westlicher Länge, dann entlang einer Loxodrome bis zu einem Punkt in 69° nördlicher Breite und 59° westlicher Länge, dann rechtweisend nach Süden bis 61° nördlicher Breite, dann rechtweisend nach Westen bis 64° 30' westlicher Länge, dann rechtweisend nach Süden bis zur Küste von Labrador und von da südwärts entlang der Küste Nordamerikas verläuft;
- c) im Osten durch den 51. Grad östlicher Länge, aber unter Ausschluß
- i) der Ostsee und der Belte südlich und östlich der Linien, die vom Kap Hasenöre zum Kap Griben und vom Kap Gilbjerg nach Kullen verlaufen, und
- ii) des Mittelmeers und seiner Nebengewässer bis zum Meridian 5° 36' westlicher Länge.

Annex II

Annexe II

Anlage II

Identification and Marking
of Fishing Vessels and Gear

Rule 1

(1) The letter or letters of the port or district in which each fishing vessel is registered and the number under which it is registered shall be painted on the bow of the fishing vessel at both sides, and may also be painted on the upper part of the fishing vessel so as to be clearly visible from the air.

Identification et marquage
des bateaux de pêche
et engins de pêche

Règle 1

(1) La ou les lettres de la circonscription maritime ou du port dans lequel chaque bateau de pêche est immatriculé ainsi que son numéro d'immatriculation sont peints sur les deux côtés à l'avant du bateau et peuvent aussi être peints sur la partie supérieure du bateau de façon à être clairement visibles pour un observateur aérien.

Identifizierung und Kennzeichnung
von Fischereifahrzeugen
und -gerät

Regel 1

(1) Der Buchstabe oder die Buchstaben des Hafens oder des Seebezirks, in dem ein Fischereifahrzeug registriert ist, und die Nummer, unter welcher es registriert ist, sind am Bug des Fischereifahrzeugs beidseitig aufzumalen; ferner können sie auf dem Oberteil des Fischereifahrzeugs aufgemalt werden, so daß sie aus der Luft deutlich zu erkennen sind.

(2) The name of the fishing vessel, if any, and the name of the port or district in which it is registered shall be painted on the fishing vessel so as to be clearly visible.

(3) The names, letters and numbers placed on a fishing vessel shall be large enough to be easily recognised and shall not be effaced, altered, made illegible, covered or concealed.

(4) Small boats and, where practicable, all fishing implements shall be marked with the letter or letters and number of the fishing vessel to which they belong. The ownership of nets or other fishing implements may be distinguished by private marks.

(2) Le nom du bateau de pêche, s'il en a un, et le nom de la circonscription maritime ou du port dans lequel il est immatriculé sont peints sur le bateau, de manière à être clairement visibles.

(3) Les noms, lettres et numéros inscrits sur un bateau ont des dimensions suffisantes pour être facilement reconnus; il est interdit de les effacer, de les modifier, de les rendre illisibles, de les recouvrir ou de les dissimuler.

(4) Les embarcations et, lorsque cela est praticable, tout le matériel de pêche, sont marqués de la ou des lettres et du numéro du bateau auquel ils appartiennent. La propriété des filets ou autre matériel de pêche peut être précisée par des marques particulières.

(2) Der Name des Fischereifahrzeugs — wenn vorhanden — und der des Hafens oder Seebezirks, in dem es registriert ist, sind auf dem Fischereifahrzeug aufzumalen, so daß sie klar zu erkennen sind.

(3) Die an einem Fischereifahrzeug angebrachten Namen, Buchstaben und Zahlen müssen so groß sein, daß sie leicht zu erkennen sind, und dürfen nicht ausgelöscht, verändert, unleserlich gemacht, verdeckt oder verborgen werden.

(4) Beiboote und, wo durchführbar, sämtliche Fischereigeräte sind mit dem oder den Buchstaben und der Nummer des Fischereifahrzeugs zu kennzeichnen, zu dem sie gehören. Das Eigentum an Netzen oder sonstigen Fischereigeräten kann außerdem durch private Markierungen erkennbar gemacht werden.

Rule 2

(1) Each fishing vessel shall carry on board an official document, issued by the competent authority of its country, showing the name, if any, and description of the vessel, its nationality, its registration letter or letters and number, and the name of the owner or of the firm or association to which it belongs.

(2) Each fishing vessel shall carry a national flag in good condition to be shown at the request of the competent authorities.

(3) The nationality of a fishing vessel shall not be concealed in any manner whatsoever.

Règle 2

(1) Chaque bateau de pêche doit avoir à bord une pièce officielle, dressée par les autorités compétentes de son pays, comportant le nom du bateau s'il en a un, sa description, sa nationalité, sa ou ses lettres d'immatriculation et le nom ou les noms ou la raison sociale de son propriétaire.

(2) Chaque bateau de pêche doit avoir à bord un pavillon national en bon état qui sera exhibé à la requête des autorités compétentes.

(3) Il est interdit de dissimuler de quelque manière que ce soit la nationalité d'un bateau de pêche.

Regel 2

(1) Jedes Fischereifahrzeug hat eine von der zuständigen Behörde seines Staates ausgestellte amtliche Urkunde an Bord zu führen, die den Namen — wenn vorhanden — und die Beschreibung des Fahrzeugs, seine Staatszugehörigkeit, seine Registrierbuchstaben und -nummern sowie den Namen oder die Firma seines Eigentümers enthält.

(2) Jedes Fischereifahrzeug hat eine Nationalflagge in einwandfreiem Zustand mit sich zu führen, die auf Ersuchen der zuständigen Behörden zu zeigen ist.

(3) Die Staatszugehörigkeit eines Fischereifahrzeugs darf nicht verborgen werden.

Annex III

Additional Signals to be Used by Fishing Vessels

Rule 1

General

(1) Subject to compliance with the International Regulations for Preventing Collisions at Sea, the Rules herein are intended to prevent damage to fishing gear or accidents in the course of fishing operations.

(2) The Rules herein concerning lights shall apply in all weathers from sunset to sunrise when fishing vessels are engaged in fishing as a fleet and during such times no other lights shall be exhibited, except the lights prescribed in the International Regulations for Preventing Collisions at Sea and such lights as cannot be mis-

Annexe III

Signaux supplémentaires à utiliser par les bateaux de pêche

Règle 1

Généralités

(1) Les règles de la présente Annexe sont destinées à éviter les dommages aux engins de pêche ou les accidents au cours des opérations de pêche; elles n'affectent en rien les dispositions du Règlement international pour prévenir les abordages en mer qui doivent être appliquées lorsqu'il y a lieu.

(2) Les feux définis par les présentes Règles sont utilisés par tous les temps, du coucher au lever du soleil lorsque les bateaux pêchent en flotte. Ces feux peuvent également être montrés du lever au coucher du soleil, en cas de visibilité réduite et en toutes autres circonstances qui le rendraient nécessaire. Dans les cas prévus ci-des-

Anlage III

Zusätzliche Signale, die von Fischereifahrzeugen zu benutzen sind

Regel 1

Allgemeines

(1) Vorbehaltlich der Befolgung der Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See dienen die Regeln dieser Anlage zur Verhütung von Schäden an Fischereigerät oder von Unfällen bei Ausübung des Fischfangs.

(2) Die in dieser Anlage enthaltenen Regeln über Lichter gelten bei jedem Wetter zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang, wenn Fischereifahrzeuge in einer Flotte fischen; während dieser Zeit dürfen keine anderen Lichter geführt oder gezeigt werden, abgesehen von den in den Internationalen Regeln zur Ver-

taken for the prescribed lights or do not impair their visibility or distinctive character, or interfere with the keeping of a proper look-out. These lights may also be exhibited from sunrise to sunset in restricted visibility and in all other circumstances when it is deemed necessary.

(3) For the purpose of these Rules the words employed shall have the meaning set down in the International Regulations for Preventing Collisions at Sea except that the term "fishing vessel" shall have the meaning assigned to it in Article 1 (2) of this Convention.

(4) The lights mentioned herein shall be placed where they can best be seen. They should be at least 3 feet (0,92 m.) apart but at a lower level than the lights prescribed in Rule 9 (c) (i) and (d) of the International Regulations for Preventing Collisions at Sea 1960. They shall be visible at a distance of at least 1 mile, all round the horizon as nearly as possible and their visibility shall be less than the visibility of lights exhibited in accordance with Rule 9 (b) of the above Regulations.

us il est interdit de montrer d'autres feux sauf ceux prescrits par le Règlement international pour prévenir les abordages en mer et ceux qui ne peuvent pas être confondus avec les feux réglementaires ou qui n'altèrent pas leur visibilité ni leur caractère distinctif, ou encore qui ne peuvent pas nuire à l'exercice d'une veille adéquate.

(3) Aux fins des présentes Règles, les termes employés ont la même signification que celle qui figure dans le Règlement international pour prévenir les abordages en mer, excepté celui de «bateau de pêche» qui a le sens défini par l'Article 1 (2) de la Convention.

(4) Les feux mentionnés dans la présente Annexe doivent être placés aux endroits où ils sont le plus visibles. Ils doivent être séparés par un intervalle d'au moins 3 pieds (0,92 m.) mais à un niveau plus bas que les feux prescrits par la Règle 9 (c) (i) et (d) du Règlement international pour prévenir les abordages en mer de 1960. Ils doivent être visibles, autant que possible sur tout l'horizon, et à une distance d'au moins un mille, et leur intensité doit être inférieure à celle des feux prescrits par la Règle 9 (b) dudit Règlement.

hütung von Zusammenstößen auf See vorgeschriebenen Lichtern und solchen Lichtern, die weder mit den vorgeschriebenen Lichtern verwechselt werden können noch deren Sichtbarkeit oder Unterscheidungsmöglichkeit beeinträchtigen noch den gehörigen Ausguck behindern. Bei verminderter Sicht und in allen anderen Fällen, in denen es für nötig befunden wird, dürfen diese Lichter auch zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang geführt oder gezeigt werden.

(3) Im Sinne dieser Regeln haben die verwendeten Wörter die in den Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See festgelegte Bedeutung, mit Ausnahme des Ausdrucks „Fischereifahrzeug“, welcher die in Artikel 1 Absatz 2 dieses Übereinkommens festgelegte Bedeutung hat.

(4) Die in dieser Anlage genannten Lichter sind dort zu setzen, wo sie am besten gesehen werden können. Sie sollen in mindestens 0,92 m (3 Fuß) Abstand voneinander, aber niedriger als die in Regel 9 Buchstabe c Ziffer i und Buchstabe d der Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See von 1960 vorgeschriebenen Lichter angebracht sein. Sie müssen in einer Entfernung von mindestens einer Seemeile, möglichst über den ganzen Horizont, sichtbar sein; ihre Tragweite muß geringer sein als die Tragweite derjenigen Lichter, die nach Regel 9 Buchstabe b der vorgenannten Regeln zu führen sind.

Rule 2

Signals for Trawling and Drift netting

(1) Fishing vessels, when engaged in trawling, whether using demersal or pelagic gear shall exhibit:

(i) when shooting their nets:

two white lights in a vertical line one over the other;

(ii) when hauling their nets:

one white light over one red light in a vertical line one over the other;

(iii) when the net has come fast upon an obstruction:

two red lights in a vertical line one over the other.

(2) Fishing vessels engaged in drift netting may exhibit the lights prescribed in (1) above.

Règle 2

Signaux pour la pêche au chalut et aux filets dérivants

(1) Les bateaux de pêche en train de chaluter avec des filets de fond ou pélagiques, montrent:

(i) Lorsqu'ils mettent leur chalut à l'eau:

deux feux blancs verticaux superposés;

(ii) Lorsqu'ils remontent leur chalut:

un feu blanc placé à la verticale au-dessus d'un feu rouge;

(iii) Lorsque le chalut est accroché par un obstacle:

deux feux rouges verticaux superposés.

(2) Les bateaux de pêche se livrant à la pêche aux filets dérivants peuvent arborer les feux prescrits au paragraphe (1) ci-dessus.

Regel 2

Signale für das Fischen mit Schleppnetzen und mit Treibnetzen

(1) Fischereifahrzeuge, die Schleppnetzfisherei betreiben — gleichviel ob mit pelagischen oder Grundsleppnetzen — müssen folgende Lichter führen:

i) beim Ausbringen der Netze:

zwei weiße Lichter senkrecht übereinander;

ii) beim Einholen der Netze:

ein weißes Licht senkrecht über einem roten Licht;

iii) wenn das Netz an einem Hindernis hakt:

zwei rote Lichter senkrecht übereinander.

(2) Fischereifahrzeuge, die Treibnetzfisherei betreiben, können die in Absatz 1 vorgeschriebenen Lichter führen.

(3) Each fishing vessel engaged in pair trawling shall exhibit:

- (i) by day: the "T" flag—"Keep clear of me. I am engaged in pair trawling", hoisted at the foremast;
- (ii) by night: a searchlight shone forward and in the direction of the other fishing vessel of the pair;
- (iii) when shooting or hauling the net or when the net has come fast upon an obstruction: the lights prescribed in (1) above.

(4) This rule need not be applied to fishing vessels of less than 65 feet (19,80 m.) in length. Any such exception and the areas in which fishing vessels so excepted are likely to be numerous shall be notified to the competent authorities of the other Contracting Parties likely to be concerned.

(3) Les bateaux de pêche se livrant au chalutage à deux montrent:

- (i) de jour, le pavillon «T»—"N'approchez pas. Je suis en train de chaluter à deux", hissé au mât avant;
- (ii) de nuit, un projecteur éclairant vers l'avant et en direction de l'autre bateau du couple;
- (iii) lorsqu'ils mettent leurs filets à l'eau ou les remontent ou lorsque leurs filets sont retenus par un obstacle: les feux prescrits au paragraphe (1) ci-dessus.

(4) Les bateaux de pêche d'une longueur inférieure à 65 pieds (19,80 m.) peuvent être exemptés de l'application des dispositions de la présente Règle. Toutes ces exceptions et les zones les plus fréquentées par les bateaux de pêche exemptés, font l'objet d'une notification aux autorités compétentes des Parties Contractantes susceptibles d'être concernées.

(3) Jedes Fischereifahrzeug, das im Gespann fischt, hat folgendes zu führen:

- i) am Tage: die Flagge „T“ — „Halten Sie Abstand von mir. Ich fische im Gespann“, am Fockmast gesetzt;
- ii) nachts: einen Scheinwerfer, der voraus und in Richtung auf das andere Fischereifahrzeug des Gespanns gerichtet ist;
- iii) beim Ausbringen oder Einholen des Netzes oder wenn das Netz an einem Hindernis hakt: die in Absatz I vorgeschriebenen Lichter.

(4) Diese Regel braucht nicht auf Fischereifahrzeuge unter 19,80 m (65 Fuß) Länge angewandt zu werden. Jede derartige Ausnahme sowie die Gebiete, in denen sich Fischereifahrzeuge, die unter diese Ausnahme fallen, voraussichtlich in größerer Zahl aufhalten, sind den zuständigen Behörden der anderen Vertragsparteien, die wahrscheinlich davon betroffen sind, zu notifizieren.

Rule 3

Light signals for Purse Seining

(1) Fishing vessels engaged in fishing with purse seines shall show two amber coloured lights, in a vertical line one over the other. These lights shall be flashing intermittently about once a second in such a way that when the lower is out the upper is on and vice versa. These lights shall only be shown while the fishing vessel's free movement is hampered by its fishing gear, warning other vessels to keep clear of it.

(2) This rule need not be applied to fishing vessels of less than 85 feet (25,90 m.) in length. Any such exception and areas in which fishing vessels so excepted are likely to be numerous shall be notified to the competent authorities of the other Contracting Parties likely to be concerned.

Règle 3

Signaux lumineux pour pêche à la grande senne

(1) Les navires en train de pêcher à la senne montrent deux feux oranges verticaux superposés. Ces feux s'allument alternativement environ une fois par seconde de sorte que le feu inférieur soit éteint lorsque le feu supérieur est allumé et vice versa. Ces feux ne sont montrés que lorsque la liberté de manœuvre d'un bateau est gênée par ses engins de pêche, de façon à avertir les autres bateaux qu'ils ont à se tenir à l'écart.

(2) Les bateaux de pêche d'une longueur inférieure à 85 pieds (25,90 m.) peuvent être exemptés de l'application des dispositions de la présente Règle. Toutes ces exceptions et les zones les plus fréquentées par les bateaux de pêche exemptés, font l'objet d'une notification aux autorités compétentes des Parties Contractantes susceptibles d'être concernées.

Regel 3

Lichtsignale für die Fischerei mit Ringwaden

(1) Fischereifahrzeuge, die mit Ringwaden fischen, müssen zwei gelbe Lichter senkrecht übereinander führen. Diese Lichter müssen abwechselnd etwa einmal je Sekunde derart blinken, daß das obere an ist, wenn das untere aus ist, und umgekehrt. Diese Lichter dürfen nur geführt werden, solange die Manövrierfähigkeit des Fischereifahrzeugs durch sein Fanggerät beeinträchtigt ist, um andere Fahrzeuge zu veranlassen, Abstand zu halten.

(2) Diese Regel braucht nicht auf Fischereifahrzeuge unter 25,90 m (85 Fuß) Länge angewandt zu werden. Jede derartige Ausnahme sowie die Gebiete, in denen sich Fischereifahrzeuge, die unter diese Ausnahme fallen, voraussichtlich in größerer Zahl aufhalten, sind den zuständigen Behörden der anderen Vertragsparteien, die wahrscheinlich davon betroffen sind, zu notifizieren.

Rule 4

Sound signals

No sound signals shall be used other than those prescribed by the International Regulations for Preventing Collisions at Sea and the International Code of Signals.

Règle 4

Signaux phoniques

Il est interdit d'utiliser d'autres signaux phoniques que ceux prescrits par le Règlement international pour prévenir les abordages en mer et par le Code international des signaux.

Regel 4

Schallsignale

Es dürfen keine anderen als die in den Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See und im Internationalen Signaltuch vorgeschriebenen Schallsignale benutzt werden.

Annex IV**Annexe IV****Anlage IV****Marking of Nets,
Lines and other Gear****Marquage des filets, des lignes
et autres engins de pêche****Kennzeichnung von Netzen,
Leinen und sonstigen Geräten****Rule 1****Règle 1****Regel 1****Anchored gear****Engins mouillés en mer****Verankertes Gerät**

(1) The ends of nets, lines and other gear anchored in the sea shall be fitted with flag or radar reflector buoys by day and light buoys by night sufficient to indicate their position and extent. Such lights should be visible at a distance of at least 2 miles in good visibility.

(1) Les filets, lignes, et autres engins de pêche mouillés en mer, sont balisés à leurs extrémités, de jour, au moyen de bouées à pavillon ou à réflecteurs radar; de nuit, au moyen de bouées lumineuses permettant de repérer leur position et leur étendue. Ces bouées lumineuses doivent être visibles à une distance d'au moins deux milles par bonne visibilité.

(1) Die Enden von Netzen, Leinen und sonstigen Geräten, die in der See verankert sind, müssen am Tage mit Flaggen- oder Radarreflektor-Bojen und nachts mit Leuchtbojen versehen sein, die ausreichend sind, um ihre Position und Ausdehnung anzuzeigen. Die Lichter müssen bei guter Sicht mindestens zwei Seemeilen weit sichtbar sein.

(2) By day the westernmost (meaning the half compass circle from south through west to and including north) end buoy of such gear extending horizontally in the sea shall be fitted with two flags one above the other or one flag and a radar reflector, and the easternmost (meaning the half compass circle from north through east to and including south) end buoy shall be fitted with one flag or a radar reflector. By night the westernmost end buoy shall be fitted with two white lights and the easternmost end buoy with one white light. In addition a buoy fitted with one flag or a radar reflector by day and one white light by night may be set 70-100 metres from each end buoy to indicate the direction of the gear.

(2) De jour, une bouée située à l'extrémité Ouest (l'Ouest étant repéré dans les deux quadrants Sud-Ouest et Nord-Ouest de la boussole, Nord compris) d'un engin déployé à l'horizontale dans la mer porte deux pavillons placés l'un au-dessus de l'autre ou bien un pavillon et un réflecteur radar; la bouée située à l'extrémité Est (l'Est étant repéré dans les deux quadrants Nord-Est et Sud-Est de la boussole, Sud compris) porte un pavillon ou un réflecteur radar. De nuit, la bouée située à l'extrémité Ouest porte deux feux blancs et la bouée située à l'extrémité Est un seul feu blanc. Une bouée supplémentaire comportant, le jour, un pavillon ou un réflecteur radar et la nuit, un feu blanc, peut être placée de 70 à 100 mètres de distance de chaque bouée d'extrémité afin d'indiquer la direction de l'engin.

(2) Am Tage muß die westlichste (d. h. der halbe Kompaßkreis von Süd über West bis einschließlich Nord) Endboje solcher Geräte, die sich waagrecht in der See erstrecken, mit zwei Flaggen übereinander oder einer Flagge und einem Radarreflektor versehen sein, und die östlichste (d. h. der halbe Kompaßkreis von Nord über Ost bis einschließlich Süd) Endboje mit einer Flagge oder einem Radarreflektor. Nachts muß die westlichste Endboje mit zwei weißen Lichtern und die östlichste Endboje mit einem weißen Licht versehen sein. Zusätzlich kann 70 bis 100 m von jeder Endboje eine Boje am Tage mit einer Flagge oder einem Radarreflektor und nachts mit einem weißen Licht befestigt werden, um die Richtung des Geräts anzuzeigen.

(3) On such gear extending more than 1 mile additional buoys shall be placed at distances of not more than 1 mile so that no part of the gear extending 1 mile or more shall be left unmarked. By day every buoy shall be fitted with a flag or a radar reflector and by night as many buoys as possible with one white light. In no case shall the distance between two lights on the same gear exceed 2 miles.

(3) Les engins qui s'étendent sur une distance supérieure à un mille sont balisés par des bouées supplémentaires placées à des intervalles d'un mille au plus, de sorte que toute partie d'un engin s'étendant jusqu'à un mille ou au-delà soit signalée. De jour, chaque bouée est munie d'un pavillon ou d'un réflecteur radar; de nuit, le plus grand nombre possible de bouées sont munies d'un feu blanc. La distance entre deux bouées lumineuses délimitant un même engin de pêche ne doit en aucun cas excéder deux milles.

(3) Bei Gerät, das sich über mehr als eine Seemeile erstreckt, sind zusätzliche Bojen in Abständen von höchstens einer Seemeile anzubringen, so daß kein über eine Seemeile langer Teil des Geräts unbezeichnet bleibt. Am Tage muß jede Boje mit einer Flagge oder einem Radarreflektor und nachts eine möglichst große Zahl von Bojen mit einem weißen Licht versehen sein. In keinem Fall darf der Abstand zwischen zwei Lichtern an demselben Gerät größer als zwei Seemeilen sein.

(4) On such gear which is attached to a fishing vessel a buoy shall not be required at the end attached to the fishing vessel.

(4) L'extrémité d'un engin fixée à un bateau de pêche n'a pas besoin d'être balisée.

(4) An dem an einem Fischereifahrzeug befestigten Ende eines Geräts ist keine Boje erforderlich.

(5) The flagpole of each buoy shall have a height of at least 2 metres above the buoy.

(5) Le mât de pavillon d'une bouée s'élève à au moins deux mètres au-dessus de la bouée.

(5) Die Flaggenstange jeder Boje muß eine Höhe von mindestens zwei Metern oberhalb der Boje haben.

Rule 2**Règle 2****Regel 2****Drift gear****Engins dérivants****Treibendes Gerät**

(1) Nets or lines which drift in the sea shall be marked at each end and at distances of not more than 2 miles by a buoy with a pole not less than

(1) Les filets ou les lignes qui dérivent en mer sont balisés à chaque extrémité et à des intervalles ne dépassant pas 2 milles, au moyen de bouées

(1) Netze oder Leinen, die in der See treiben, sind an jedem Ende und in Abständen von höchstens zwei Seemeilen durch eine Boje mit einer

2 metres above the buoy. The pole shall carry a flag or a radar reflector by day and a white light by night visible at a distance of at least 2 miles in good visibility.

(2) On gear which is attached to a fishing vessel a buoy shall not be required at the end attached to the fishing vessel.

munies d'un mât s'élevant à au moins deux mètres au-dessus de la bouée. Le mât porte, de jour, un pavillon ou un réflecteur radar; et de nuit, un feu blanc visible à une distance d'au moins 2 milles par bonne visibilité.

(2) Il n'est pas nécessaire de baliser par une bouée l'extrémité d'un engin fixée à bateau de pêche.

Stange von mindestens zwei Metern Höhe oberhalb der Boje zu kennzeichnen. Die Stange muß am Tage eine Flagge oder einen Radarreflektor und nachts ein weißes Licht tragen, das bei guter Sicht mindestens zwei Seemeilen weit sichtbar ist.

(2) An dem an einem Fischereifahrzeug befestigten Ende eines Geräts ist keine Boje erforderlich.

Annex V

Rules governing the Operations of Vessels

Rule 1

Subject to compliance with the International Regulations for Preventing Collisions at Sea all vessels shall conduct their operations so as not to interfere with the operations of fishing vessels, or fishing gear.

Rule 2

Vessels arriving on fishing grounds where fishing vessels are already fishing or have set their gear for that purpose shall inform themselves of the position and extent of gear already placed in the sea and shall not place themselves or their fishing gear so as to interfere with or obstruct fishing operations already in progress.

Rule 3

No vessel shall anchor or remain on a fishing ground where fishing is in progress if it would interfere with such fishing unless required for the purpose of its own fishing operations or in consequence of accident or other circumstances beyond its control.

Rule 4

Except in cases of *force majeure* no vessel shall dump in the sea any article or substance which may interfere with fishing or obstruct or cause damage to fish, fishing gear or fishing vessels.

Rule 5

No vessel shall use or have on board explosives intended for the catching of fish.

Rule 6

In order to prevent damage, fishing vessels engaged in trawling and other fishing vessels with gear in motion shall take all practicable steps to

Annexe V

Règles applicables aux opérations des bateaux

Règle 1

Sous réserve de l'observation du Règlement international pour prévenir les abordages en mer, tous les bateaux doivent manœuvrer de manière à ne pas gêner les opérations des bateaux de pêche et à ne pas déranger leurs engins.

Règle 2

Les bateaux qui arrivent sur des lieux de pêche où des bateaux de pêche sont déjà en train de pêcher ou ont disposé leurs engins à cet effet, doivent se renseigner sur la position et sur l'étendue des engins déjà mis à la mer, et ne doivent pas se placer ou disposer leurs engins de pêche de manière à gêner ou à entraver les activités de pêche déjà en cours.

Règle 3

Il est interdit à un bateau de mouiller ou de stationner dans des endroits où la pêche est en cours, si cela peut gêner les opérations de pêche, sauf en cas de nécessité pour ses propres opérations de pêche ou par suite d'un accident ou d'autres circonstances de force majeure.

Règle 4

Sauf en cas de force majeure, il est interdit aux bateaux de jeter à la mer des objets ou des matières susceptibles de nuire à la pêche ou aux poissons ou d'endommager les engins ou les bateaux de pêche.

Règle 5

Il est défendu aux bateaux d'utiliser ou d'avoir à bord des explosifs destinés à la pêche du poisson.

Règle 6

Afin d'éviter de les endommager, les chalutiers ou autres bateaux de pêche dont les engins sont en action, doivent prendre toutes les mesures

Anlage V

Regeln für das Verhalten der Fahrzeuge

Regel 1

Vorbehaltlich der Befolgung der Internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See haben alle Fahrzeuge sich so zu verhalten, daß sie die Tätigkeit von Fischereifahrzeugen oder deren Fanggerät nicht behindern.

Regel 2

Fahrzeuge, die auf Fangplätzen eintreffen, wo Fischereifahrzeuge bereits fischen oder ihr Gerät ausgesetzt haben, müssen sich über die Lage und Ausdehnung des bereits ausgesetzten Geräts unterrichten und dürfen sich oder ihr Fanggerät nicht so hinlegen, daß sie den bereits vor sich gehenden Fischfang behindern oder beeinträchtigen.

Regel 3

Auf einem Fangplatz, wo gerade gefischt wird, darf kein Fahrzeug ankern oder verbleiben, wenn es dadurch den Fischfang behindern würde, es sei denn, daß dies für seine eigene Fangtätigkeit oder infolge eines Unfalls oder aufgrund höherer Gewalt erforderlich ist.

Regel 4

Außer in Fällen höherer Gewalt darf kein Fahrzeug Gegenstände oder Stoffe in die See einbringen, welche den Fischfang behindern oder Fische, Fanggerät oder Fischereifahrzeuge beeinträchtigen oder schädigen könnten.

Regel 5

Ein Fahrzeug darf Sprengstoff zum Fischfang weder benutzen noch an Bord haben.

Regel 6

Um Schaden zu verhüten, müssen Fischereifahrzeuge, die Schleppnetzfischerei betreiben, sowie andere Fischereifahrzeuge mit Gerät, das be-

avoid nets and lines or other gear which is not being towed.

possibles pour éviter les filets, lignes ou autres engins, qui ne sont pas remorqués.

wegt wird, alle durchführbaren Vorkehrungen treffen, um Netze und Leinen und sonstige Geräte zu meiden, die nicht gezogen werden.

Rule 7

Règle 7

Regel 7

(1) When nets belonging to different fishing vessels get foul of each other, they shall not be severed without the consent of the parties concerned unless it is impossible to disengage them by other means.

(1) Lorsque des filets appartenant à des bateaux de pêche se trouvent emmêlés les uns aux autres, il est interdit de les sectionner sans le consentement des parties intéressées, à moins qu'il soit impossible de les dégager autrement.

(1) Verwickeln sich zu verschiedenen Fischereifahrzeugen gehörende Netze ineinander, so dürfen sie nicht ohne das Einverständnis der betroffenen Parteien zerschnitten werden, es sei denn, daß sie nicht auf andere Weise voneinander gelöst werden können.

(2) When fishing vessels fishing with lines entangle their lines, the fishing vessel which hauls up the lines shall not sever them unless they cannot be disengaged in any other way, in which case any lines which may be severed shall where possible be immediately joined together again.

(2) Lorsque les lignes de plusieurs bateaux en train de pêcher se trouvent emmêlées, le bateau qui remonte les lignes ne les coupera que s'il n'est pas possible de les dégager autrement. En pareil cas, les lignes qui ont été coupées sont, dans toute la mesure du possible, raccordées immédiatement.

(2) Verwickeln sich zu verschiedenen Fischereifahrzeugen gehörende Leinen miteinander, so darf das Fischereifahrzeug, das die Leinen einholt, diese nicht durchschneiden, es sei denn, daß sie nicht auf andere Weise voneinander gelöst werden können; in diesem Falle müssen alle durchschnittenen Leinen, soweit möglich, sofort wieder zusammengeknötet werden.

(3) Except in cases of salvage and the cases to which the two preceding paragraphs relate, nets, lines or other gear shall not under any pretext whatever, be cut, hooked, held on to or lifted up except by the fishing vessel to which they belong.

(3) Sauf en cas de sauvetage et dans les cas mentionnés aux deux paragraphes précédents, il est interdit à tout pêcheur de couper, crocher ou soulever les filets, lignes ou autres engins qui ne lui appartiennent pas ou de s'y amarrer.

(3) Abgesehen von Bergungsfällen und den in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Fällen dürfen Netze, Leinen oder sonstige Geräte nicht zerschnitten, eingeholt, festgehalten oder aufgenommen werden, unter welchem Vorwand es auch sei, außer durch das Fischereifahrzeug, zu dem sie gehören.

(4) When a vessel fouls or otherwise interferes with gear not belonging to it, it shall take all necessary measures for reducing to a minimum the injury which may result to such gear. The fishing vessel to which the gear belongs shall, at the same time, avoid any action tending to aggravate such damage.

(4) Un bateau qui accroche ou dérange de quelque autre manière un engin qui ne lui appartient pas, doit prendre toutes les mesures nécessaires pour réduire au minimum les dommages qui pourraient être causés à l'engin. Le bateau de pêche auquel l'engin appartient doit, de son côté, éviter toute action risquant d'aggraver le dommage.

(4) Kollidiert ein Fahrzeug mit Gerät, das nicht zu ihm gehört, oder bringt es dieses anderweitig in Unordnung, so muß es alle notwendigen Maßnahmen treffen, um den an diesem Gerät verursachten Schaden auf ein Mindestmaß zu beschränken. Gleichzeitig muß das Fischereifahrzeug, zu dem das Gerät gehört, jede Handlung vermeiden, die den Schaden verschlimmern könnte.

Annex VI

Annexe VI

Anlage VI

Rules applying to Authorised Officers

Règles applicables aux Officiers autorisés

Regeln für die bevollmächtigten Beamten

(1) An authorised officer shall carry a document of identity written in English, French and the language of the authorised officer (if different) in a form agreed by the Contracting Parties on the request of the depositary Government.

(1) Tout Officier autorisé doit être porteur d'un document d'identité rédigé en français et en anglais ainsi que dans la langue de l'Officier autorisé si celle-ci est différente. Ce document est d'un modèle approuvé par les Parties Contractantes sur proposition du Gouvernement dépositaire.

(1) Ein bevollmächtigter Beamter hat einen in Englisch, Französisch und gegebenenfalls in seiner eigenen Sprache ausgefertigten Ausweis bei sich zu tragen, und zwar nach einem auf Vorschlag der Verwahrregierung von den Vertragsparteien genehmigten Muster.

(2) Any orders to stop given by an authorised officer shall be given by the appropriate signal in the International Code of Signals.

(2) Pour donner l'ordre de stopper, les Officiers autorisés utilisent le signal correspondant du Code international des signaux.

(2) Die Aufforderung eines bevollmächtigten Beamten zum Anhalten ist mit dem entsprechenden Signal des Internationalen Signalbuchs zu geben.

(3) On boarding a vessel an authorised officer shall exhibit his document of identity.

(3) En montant à bord d'un bateau, tout Officier autorisé exhibe la pièce officielle justifiant sa qualité.

(3) Geht ein bevollmächtigter Beamter an Bord eines Fahrzeugs, so hat er seinen Ausweis vorzuzeigen.

(4) On boarding a vessel an authorised officer may require the master of the vessel to exhibit the document specified in Annex II Rule 2 (1) and the fact of such document having been exhibited shall immediately be endorsed upon it by the authorised officer or on some other official document of the vessel.

(5) On each occasion on which an authorised officer boards a vessel, he shall draw up a report in the form set out in the Appendix indicating the circumstances of the boarding and the information he secures.

(6) This report shall be drawn up in the language of the authorised officer and shown to the master of the vessel boarded, who shall be given an opportunity of adding in his own language any remarks he or any member of his crew may wish to make. The authorised officer shall sign the report in the presence of the master and give him a copy. A copy of the report shall be sent to the competent authority of the country of the vessel boarded. In cases of damage copies of the report shall also be sent to the competent authorities in the countries to which the other parties concerned belong.

(7) Whenever an authorised officer observes a vessel infringing the provisions of the Convention, he may report the occurrence to the competent authority of the country of the vessel, having first made every effort to communicate to the vessel in question by signal or otherwise his intention to report the infringement. If he orders the vessel to stop but does not board it, he shall report the circumstances to the competent authority of the country of the vessel.

(8) Ships carrying authorised officers which may be vessels as defined in Article 1 (2), shall fly a special flag or pennant. The special flag or pennant shall be in a form agreed by the Contracting Parties on the request of the depositary Government. Authorised officers shall exercise their powers under paragraphs (5) or (6) of Article 9, and communicate with vessels, only from surface craft.

(4) En montant à bord d'un bateau, tout Officier autorisé peut demander au patron de celui-ci de produire la pièce mentionnée à la Règle 2 (1) de l'Annexe II. Mention de cette exhibition est faite immédiatement par l'Officier autorisé soit sur la pièce produite, soit sur un autre document de bord officiel.

(5) Chaque fois qu'un Officier autorisé monte à bord d'un bateau, il établit un rapport sur le modèle prévu par l'Appendice indiquant les circonstances dans lesquelles il a été amené à monter à bord et les renseignements qu'il a obtenus.

(6) Le rapport est rédigé dans la langue de l'Officier autorisé et montré au patron du bateau visité afin que celui-ci puisse ajouter dans sa propre langue telle remarque que lui-même ou un membre de son équipage souhaiterait faire. L'Officier autorisé signe le rapport en présence du patron et lui en donne une copie. Une autre copie est envoyée à l'autorité compétente du pays de la nationalité du bateau visité. Dans le cas où un dommage a été commis, des copies du rapport sont également communiquées aux autorités compétentes des autres Parties intéressées.

(7) Lorsqu'un Officier autorisé constate qu'un bateau contrevient aux dispositions de la Convention, il peut en rendre compte aux autorités compétentes du pays de la nationalité du bateau, après s'être efforcé de prévenir le bateau en question par signaux ou par tout autre moyen de communication de son intention de signaler l'infraction. S'il donne l'ordre à un bateau de stopper mais ne monte pas à bord, il rend compte à l'autorité compétente du pays de la nationalité du bateau.

(8) Les navires ayant des Officiers autorisés à bord, qui peuvent être des bateaux au sens du paragraphe (2) de l'Article 1, arborent une marque ou un pavillon spécial. Cette marque ou ce pavillon spécial sont d'un modèle approuvé par les Parties Contractantes sur proposition du Gouvernement dépositaire. Les Officiers autorisés n'exercent leurs pouvoirs en application des dispositions des paragraphes (5) et (6) de l'Article 9 et n'entrent en communication avec les bateaux qu'à partir de bâtiments de surface.

(4) Geht ein bevollmächtigter Beamter an Bord eines Fahrzeugs, so kann er den Kapitän auffordern, die in Anlage II Regel 2 Absatz 1 angeführte Urkunde vorzulegen; die Vorlegung hat der bevollmächtigte Beamte sogleich auf dieser oder einer sonstigen amtlichen Urkunde des Fahrzeugs zu vermerken.

(5) Geht ein bevollmächtigter Beamter an Bord eines Fahrzeugs, so hat er nach dem im Anhang festgelegten Muster einen Bericht zu schreiben, in dem die Umstände, die ihn veranlaßt haben, an Bord zu gehen, und die Informationen, die er sich verschafft hat, anzuführen sind.

(6) Dieser Bericht ist in der Sprache des bevollmächtigten Beamten abzufassen und dem Kapitän des Fahrzeugs zu zeigen, an dessen Bord der Beamte gegangen ist, um dem Kapitän Gelegenheit zu geben, in seiner eigenen Sprache Bemerkungen hinzuzufügen, die er oder ein Besatzungsmitglied zu machen wünscht. Der bevollmächtigte Beamte hat den Bericht im Beisein des Kapitäns zu unterzeichnen und ihm eine Ausfertigung davon zu geben. Eine weitere Ausfertigung ist an die zuständige Behörde im Staat des besuchten Fahrzeugs zu schicken. Bei Schadensfällen erhalten auch die zuständigen Behörden der Staaten, denen die anderen betroffenen Parteien angehören, Ausfertigungen des Berichts.

(7) Stellt ein bevollmächtigter Beamter fest, daß ein Fahrzeug gegen das Übereinkommen verstößt, so kann er den Vorfall der zuständigen Behörde des Staates berichten, dessen Staatszugehörigkeit das Fahrzeug besitzt; zunächst hat er sich aber in jeder Weise zu bemühen, dem betreffenden Fahrzeug durch Signale oder auf andere Weise bekanntzugeben, daß er beabsichtigt, den Verstoß zu berichten. Hält er das Fahrzeug an, geht aber nicht an Bord, so hat er der zuständigen Behörde des Staates, dem das Fahrzeug angehört, die näheren Umstände zu berichten.

(8) Schiffe, auf denen bevollmächtigte Beamte stationiert sind, bei denen es sich auch um Fahrzeuge im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 handeln kann, führen eine Flagge oder einen Wimpel besonderer Art. Diese Flagge oder dieser Wimpel hat einem auf Vorschlag der Verwahrregierung von den Vertragsparteien genehmigten Muster zu entsprechen. Die bevollmächtigten Beamten handeln im Rahmen ihrer Befugnisse nach Artikel 9 Absatz 5 oder 6 nur von Überwasserschiffen aus und treten nur von solchen aus mit Fahrzeugen in Verbindung.

Appendix

Appendice

Anhang

**Report in Accordance
with Paragraph (5) of Annex VI
to the Convention**

(Strike out what does not apply)

Authorised Officer

(To be filled in block letters)

1. Name and nationality.
2. Name of ship carrying him.

Position, Date and Time of Occurrence

3.

**Provisions of the Convention
in Question**

4.

Information on Each Vessel Involved

General

5. Nationality.
6. Vessel's name and registration.
7. Skipper's name.
8. Owner's name and address.
9. Position, date and time of boarding.

To be filled
in block
letters

**Rapport prescrit par le
paragraphe 5 de l'Annexe VI
de la Convention**

(Rayer toutes mentions inutiles)

Officier autorisé

(A remplir en caractères d'imprimerie)

1. Nom et nationalité.
2. Nom du bâtiment à bord duquel il est embarqué.

Position, date et heure de l'incident

3.

**Dispositions de la Convention
en cause**

4.

**Renseignements sur chaque bateau
en cause**

D'ordre général

5. Nationalité.
6. Nom et numéro d'enregistrement du bateau.
7. Nom du patron.
8. Nom et adresse de l'armateur.
9. Position du bateau, date, et heure à laquelle l'Officier autorisé est monté à bord.

A remplir
en caractères
d'imprimerie

**Bericht nach Absatz 5
der Anlage VI
zu dem Übereinkommen**

(Nichtzutreffendes ist zu streichen)

Bevollmächtigter Beamter

(In Druckbuchstaben auszufüllen)

1. Name und Staatsangehörigkeit
2. Name des Schiffes, auf dem er stationiert ist

Position, Tag und Uhrzeit des Vorfalls

3.

**In Betracht kommende Bestimmungen
des Übereinkommens**

4.

**Angaben über jedes an dem Vorfall
beteiligte Fahrzeug**

Allgemeiner Art

5. Staatszugehörigkeit
6. Name und Registrierung des Fahrzeugs
7. Name des Kapitäns
8. Name und Anschrift des Reeders
9. Position, Tag und Uhrzeit des Anbordgehens

in Druck-
buchstaben
auszufüllen

At the Time of Occurrence

10. Fishing gear in use.
11. Stopped, anchored or estimated course and speed.
12. Signals or lights displayed and sound signals made.
13. Warnings given to other vessel(s).
14. Direction in which gear was shot or lying.
15. The horizontal distance gear extended from the vessel.

Au moment de l'incident

10. Engins de pêche utilisés.
11. Le bateau était stoppé, mouillé; sinon, direction et vitesse approximatives.
12. Signaux ou feux arborés, signaux sonores émis.
13. Avertissements donnés à l'autre bateau (ou aux autres bateaux).
14. Direction dans laquelle l'engin était mis à l'eau ou se trouvait placé.
15. Etendue horizontale de l'engin à partir du bateau.

Zum Zeitpunkt des Vorfalls

10. Verwendete Fischereigeräte
11. Lag das Schiff gestoppt? Vor Anker? Andernfalls Kurs und Geschwindigkeit (geschätzt)
12. Gezeigte Signale oder Lichter, gegebene Schallsignale
13. Dem oder den anderen Schiff(en) gegebene Warnungen
14. Richtung, in der das Gerät ausgesetzt wurde oder sich befand
15. Entfernung, in der sich das Gerät waagrecht vom Fahrzeug aus erstreckte

Conditions at the Time of Occurrence

16. Visibility.
17. Wind force and direction.
18. State of sea and tide and direction and strength of currents.
19. Other relevant conditions.
20. Describe, with the help of diagrams if necessary, the relative positions of vessels and gear.
21. Marking of any anchored or drifting gear involved.

Conditions au moment de l'incident

16. Visibilité.
17. Force et direction du vent.
18. Etat de la mer et de la marée; direction et force des courants.
19. Autres éléments.
20. Décrire, le cas échéant à l'aide d'un croquis, les positions relatives des bateaux et engins.
21. Marquage de tout engin mouillé ou dérivant en cause.

**Bedingungen zum Zeitpunkt des
Vorfalls**

16. Sicht
17. Windstärke und Windrichtung
18. Zustand der See, Stand der Gezeiten; Richtung und Stärke der Strömungen
19. Sonstige Umstände von Bedeutung
20. Beschreibung, gegebenenfalls anhand von Skizzen, der Lage der Fahrzeuge und Geräte zueinander
21. Kennzeichnung der in den Vorfall verwickelten, verankerten oder treibenden Geräte

- Additional Information	Renseignements complémentaires	Zusätzliche Angaben
22. Full particulars of loss or damage, giving condition of any gear involved.	22. Description détaillée de l'engin perdu ou endommagé, y compris son état.	22. Ausführliche Angaben über Verluste oder Schäden und über den Zustand der betroffenen Geräte
23. Narrative description of occurrence.	23. Compte-rendu détaillé de l'incident.	23. Vollständige Darstellung des Vorfalles
24. Comments by Authorised Officer.	24. Observations de l'Officier autorisé.	24. Bemerkungen des bevollmächtigten Beamten
25. Statements by Witnesses.	25. Déclarations des témoins.	25. Erklärungen der Zeugen
26. Statements by Skippers of vessels involved.	26. Déclarations des patrons des bateaux en cause.	26. Erklärungen der Kapitäne der beteiligten Schiffe
27. Statements of photographs taken, with description of subjects (photographs to be attached to copy of report submitted to flag State).	27. Mention des photographies prises et de leurs sujets (les photographies seront jointes au rapport soumis à l'autorité nationale du bateau).	27. Erwähnung der aufgenommenen Lichtbilder mit einer Beschreibung ihres Gegenstands (die Lichtbilder sind der Ausfertigung des Berichts beizufügen, die an den Flaggenstaat übersandt wird).
Signature of Authorised Officer	Signature de l'Officier autorisé	Unterschrift des bevollmächtigten Beamten
The above report was prepared and signed by the Authorised Officer in our presence.	Le rapport ci-dessus a été rédigé et signé en notre présence par l'Officier autorisé.	Der vorstehende Bericht wurde in unserem Beisein von dem bevollmächtigten Beamten verfaßt und unterzeichnet.
Signatures of Skippers	Signatures des Patrons des bateaux	Unterschriften der Kapitäne
Signatures of Witnesses	Signatures des Témoins	Unterschriften der Zeugen

**Verordnung
über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen
an die Weltorganisation für Tourismus (WTO)**

Vom 18. Dezember 1975

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 639), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1964 (Bundesgesetzbl. II S. 187), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Für die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Weltorganisation für Tourismus gilt deren Satzung vom 27. September 1970. Die Satzung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 4 des Ge-

setzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Februar 1964, auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Satzung der Weltorganisation für Tourismus für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Satzung der Weltorganisation für Tourismus für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 18. Dezember 1975

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister für Wirtschaft
Friderichs

**Satzung
der Weltorganisation für Tourismus (WTO)**

**Statutes
of the World Tourism Organisation (WTO)**

(Übersetzung)

Establishment**Article 1**

The World Tourism Organisation, hereinafter referred to as "the Organisation", an international organisation of intergovernmental character resulting from the transformation of the International Union of Official Travel Organisations (IUOTO), is hereby established.

Headquarters**Article 2**

The headquarters of the Organisation shall be determined and may at any time be changed by decision of the General Assembly.

Aims**Article 3**

1. The fundamental aim of the Organisation shall be the promotion and development of tourism with a view to contributing to economic development, international understanding, peace, prosperity, and universal respect for, and observance of, human rights and fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language or religion. The Organisation shall take all appropriate action to attain this objective.

2. In pursuing this aim, the Organisation shall pay particular attention to the interests of the developing countries in the field of tourism.

3. In order to establish its central role in the field of tourism, the Organisation shall establish and maintain effective collaboration with the appropriate organs of the United Nations and its specialised agencies. In this connection the Organisation shall seek a co-operative relationship with and participation in the activities of the United Nations Development Programme, as a participating and executing agency.

Membership**Article 4**

Membership of the Organisation shall be open to:

- a) Full Members
- b) Associate Members
- c) Affiliate Members

Article 5

1. Full membership of the Organisation shall be open to all sovereign States.

2. States whose national tourism organisations are Full Members of IUOTO at the time of adoption of these Statutes by the Extraordinary General Assembly of

Gründung**Artikel 1**

Hiermit wird die im folgenden als „Organisation“ bezeichnete Weltorganisation für Tourismus gegründet; sie ist eine internationale Organisation mit zwischenstaatlichem Charakter und ist aus der Umwandlung des Internationalen Verbands der amtlichen Fremdenverkehrsorganisationen (IUOTO) hervorgegangen.

Sitz**Artikel 2**

Der Sitz der Organisation wird durch Beschluß der Generalversammlung bestimmt; er kann jederzeit geändert werden.

Zwecke**Artikel 3**

(1) Hauptzweck der Organisation ist die Förderung und Entwicklung des Tourismus mit dem Ziel, zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur internationalen Verständigung, zum Frieden, zum Wohlstand und zur allgemeinen Achtung und Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion beizutragen. Die Organisation trifft alle Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen.

(2) Zu diesem Zweck wird sich die Organisation vor allem der Interessen der Entwicklungsländer auf dem Gebiet des Tourismus annehmen.

(3) Um ihre führende Rolle auf dem Gebiet des Tourismus zur Geltung zu bringen, begründet und unterhält die Organisation eine wirksame Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen. In diesem Zusammenhang strebt die Organisation ein Zusammenwirken mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und eine Teilnahme an seiner Tätigkeit als beteiligte und ausführende Organisation an.

Mitgliedschaft**Artikel 4**

Eine Mitgliedschaft bei der Organisation ist möglich für

- a) Vollmitglieder,
- b) assoziierte Mitglieder,
- c) angeschlossene Mitglieder.

Artikel 5

(1) Die Vollmitgliedschaft in der Organisation kann von allen souveränen Staaten erworben werden.

(2) Staaten, deren eigene Organisationen für Tourismus bei der Annahme dieser Satzung durch die Außerordentliche Generalversammlung der IUOTO Vollmitglieder der

IUOTO shall have the right to become Full Members of the Organisation, without requirement of vote, on formally declaring that they adopt the Statutes of the Organisation and accept the obligations of membership.

3. Other States may become Full Members of the Organisation if their candidatures are approved by the General Assembly by a majority of two-thirds of the Full Members present and voting provided that said majority is a majority of the Full Members of the Organisation.

Article 6

1. Associate membership of the Organisation shall be open to all territories or groups of territories not responsible for their external relations.

2. Territories or groups of territories whose national tourism organisations are Full Members of IUOTO at the time of adoption of these Statutes by the Extraordinary General Assembly of IUOTO shall have the right to become Associate Members of the Organisation, without requirement of vote, provided that the State which assumes responsibility for their external relations approves their membership and declares on their behalf that such territories or groups of territories adopt the Statutes of the Organisation and accept the obligations of membership.

3. Territories or groups of territories may become Associate Members of the Organisation if their candidature has the prior approval of the Member State which assumes responsibility for their external relations and declares on their behalf that such territories or groups of territories adopt the Statutes of the Organisation and accept the obligations of membership. Such candidatures must be approved by the Assembly by a majority of two-thirds of the Full Members present and voting provided that said majority is a majority of the Full Members of the Organisation.

4. When an Associate Member of the Organisation becomes responsible for the conduct of its external relations, that Associate Member shall be entitled to become a Full Member of the Organisation on formally declaring in writing to the Secretary-General that it adopts the Statutes of the Organisation and accepts the obligations of full membership.

Article 7

1. Affiliate membership of the Organisation shall be open to international bodies, both intergovernmental and non-governmental, concerned with specialised interests in tourism and to commercial bodies and associations whose activities are related to the aims of the Organisation or fall within its competence.

2. Associate Members of IUOTO at the time of adoption of these Statutes by the Extraordinary General Assembly of IUOTO shall have the right to become Affiliate Members of the Organisation, without requirement of vote, on declaring that they accept the obligations of Affiliate membership.

IUOTO sind, haben das Recht, ohne das Erfordernis einer Abstimmung Vollmitglieder der Organisation zu werden, wenn sie förmlich erklären, daß sie die Satzung der Organisation annehmen und die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen eingehen.

(3) Andere Staaten können Vollmitglieder der Organisation werden, wenn ihre Bewerbung von der Generalversammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder genehmigt wird, wobei diese Mehrheit derjenigen der Vollmitglieder der Organisation entsprechen muß.

Artikel 6

(1) Die assoziierte Mitgliedschaft in der Organisation kann von allen Hoheitsgebieten oder Gruppen von Hoheitsgebieten erworben werden, die nicht selbst für ihre auswärtigen Beziehungen verantwortlich sind.

(2) Hoheitsgebiete oder Gruppen von Hoheitsgebieten, deren eigene Organisationen für Tourismus bei der Annahme dieser Satzung durch die Außerordentliche Generalversammlung der IUOTO Vollmitglieder der IUOTO sind, haben das Recht, ohne das Erfordernis einer Abstimmung assoziierte Mitglieder der Organisation zu werden, sofern diejenigen Staaten, die für die auswärtigen Beziehungen dieser Hoheitsgebiete oder Gruppen von Hoheitsgebieten verantwortlich sind, deren Mitgliedschaft genehmigen und in deren Namen erklären, daß die Hoheitsgebiete oder Gruppen von Hoheitsgebieten die Satzung der Organisation annehmen und die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen eingehen.

(3) Hoheitsgebiete oder Gruppen von Hoheitsgebieten können assoziierte Mitglieder der Organisation werden, wenn ihre Bewerbung zuvor von dem Mitgliedstaat genehmigt wird, der für ihre auswärtigen Beziehungen verantwortlich ist, und wenn dieser Staat in ihrem Namen erklärt, daß diese Hoheitsgebiete oder Gruppen von Hoheitsgebieten die Satzung der Organisation annehmen und die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen eingehen. Solche Bewerbungen müssen von der Versammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder genehmigt werden, wobei diese Mehrheit derjenigen der Vollmitglieder der Organisation entsprechen muß.

(4) Übernimmt ein assoziiertes Mitglied selbst die Verantwortung für seine auswärtigen Beziehungen, so ist es berechtigt, Vollmitglied der Organisation zu werden, indem es gegenüber dem Generalsekretär eine förmliche schriftliche Erklärung abgibt, daß es die Satzung der Organisation annimmt und die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen eingehen.

Artikel 7

(1) Die angeschlossene Mitgliedschaft in der Organisation kann von internationalen Gremien zwischenstaatlichen oder nichtstaatlichen Charakters erworben werden, die sich mit besonderen touristischen Interessengebieten befassen, sowie von kommerziellen Körperschaften und Vereinigungen, deren Tätigkeit mit den Zwecken der Organisation in Verbindung steht oder ihre Zuständigkeit berührt.

(2) Assoziierte Mitglieder der IUOTO, die diese Rechtsstellung zur Zeit der Annahme dieser Satzung durch die Außerordentliche Generalversammlung der IUOTO besitzen, haben das Recht, ohne das Erfordernis einer Abstimmung angeschlossene Mitglieder der Organisation zu werden, wenn sie erklären, daß sie die sich aus der angeschlossenen Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen eingehen.

3. Other international bodies, both intergovernmental and non-governmental, concerned with specialised interests in tourism, may become Affiliate Members of the Organisation provided the request for membership is presented in writing to the Secretary-General and receives approval by the Assembly by a majority of two-thirds of the Full Members present and voting and provided that said majority is a majority of the Full Members of the Organisation.

4. Commercial bodies or associations with interests defined in paragraph 1 above may become Affiliate Members of the Organisation provided their requests for membership are presented in writing to the Secretary-General and are endorsed by the State in which the headquarters of the candidate is located. Such candidates must be approved by the General Assembly by a majority of two-thirds of the Full Members present and voting provided that said majority is a majority of the Full Members of the Organisation.

5. There may be a Committee of Affiliate Members which shall establish its own rules and submit them to the General Assembly for approval. The Committee may be represented at meetings of the Organisation. It may request the inclusion of questions in the agenda of those meetings. It may also make recommendations to the meetings.

6. Affiliate Members may participate in the activities of the Organisation individually or grouped in the Committee of Affiliate Members.

Organs

Article 8

1. The organs of the Organisation are:

- a) The General Assembly, hereinafter referred to as the Assembly.
- b) The Executive Council, hereinafter referred to as the Council.
- c) The Secretariat.

2. Meetings of the Assembly and the Council shall be held at the headquarters of the Organisation unless the respective organs decide otherwise.

General Assembly

Article 9

1. The Assembly is the supreme organ of the Organisation and shall be composed of delegates representing Full Members.

2. At each session of the Assembly each Full and Associate Member shall be represented by not more than five delegates, one of whom shall be designated by the Member as Chief Delegate.

3. The Committee of Affiliate Members may designate up to three observers and each Affiliate Member may designate one observer, who may participate in the work of the Assembly.

Article 10

The Assembly shall meet in ordinary session every two years and, as well, in extraordinary session when circumstances require. Extraordinary sessions may be convened at the request of the Council or of a majority of Full Members of the Organisation.

(3) Andere internationale Gremien zwischenstaatlichen oder nichtstaatlichen Charakters, die sich mit besonderen touristischen Interessengebieten befassen, können angeschlossene Mitglieder der Organisation unter der Voraussetzung werden, daß der Antrag auf Mitgliedschaft schriftlich beim Generalsekretär eingereicht wird und von der Versammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder genehmigt wird, wobei diese Mehrheit derjenigen der Vollmitglieder der Organisation entsprechen muß.

(4) Kommerzielle Körperschaften und Vereinigungen mit den in Absatz 1 bezeichneten Interessen können angeschlossene Mitglieder der Organisation unter der Voraussetzung werden, daß der Antrag auf Mitgliedschaft schriftlich beim Generalsekretär eingereicht und von dem Staat unterstützt wird, in dem sich der Sitz des Bewerbers befindet. Solche Bewerbungen müssen von der Generalversammlung mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder genehmigt werden, wobei diese Mehrheit derjenigen der Vollmitglieder der Organisation entsprechen muß.

(5) Es kann ein Ausschuß der angeschlossenen Mitglieder eingesetzt werden, der sich eine Geschäftsordnung gibt und diese der Generalversammlung zur Genehmigung vorlegt. Der Ausschuß kann bei den Sitzungen der Organisation vertreten sein. Er kann die Aufnahme von bestimmten Fragen in die Tagesordnung solcher Sitzungen beantragen. Er kann auch Empfehlungen zu den Sitzungen abgeben.

(6) Angeschlossene Mitglieder können sich einzeln oder gruppenweise im Ausschuß der angeschlossenen Mitglieder an der Arbeit der Organisation beteiligen.

Organe

Artikel 8

(1) Die Organisation hat folgende Organe:

- a) die Generalversammlung, im folgenden als Versammlung bezeichnet;
- b) den Exekutivrat, im folgenden als Rat bezeichnet;
- c) das Sekretariat.

(2) Die Sitzungen der Versammlung und des Rates werden am Sitz der Organisation abgehalten, soweit die jeweiligen Organe nichts anderes beschließen.

Generalversammlung

Artikel 9

(1) Die Versammlung ist das oberste Organ der Organisation und setzt sich aus Delegierten zusammen, welche die Vollmitglieder vertreten.

(2) Auf jeder Tagung der Versammlung ist jedes Vollmitglied und jedes assoziierte Mitglied durch höchstens fünf Delegierte vertreten; einer der Delegierten wird von dem Mitglied zum Delegationsleiter benannt.

(3) Der Ausschuß der angeschlossenen Mitglieder kann bis zu drei Beobachter und jedes angeschlossene Mitglied kann einen Beobachter benennen, die sich an den Beratungen der Versammlung beteiligen können.

Artikel 10

Die Versammlung tritt alle zwei Jahre zu einer ordentlichen Tagung zusammen; sie tritt außerdem zu außerordentlichen Tagungen zusammen, wenn besondere Umstände dies erfordern. Außerordentliche Tagungen können auf Verlangen des Rates oder auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses der Vollmitglieder der Organisation anberaumt werden.

Article 11

The Assembly shall adopt its own rules of procedure.

Article 12

The Assembly may consider any question and make recommendations on any matter within the competence of the Organisation. Its functions, other than those which have been conferred on it elsewhere in the present Statutes, shall be:

- a) to elect its President and Vice-Presidents;
- b) to elect the members of the Council;
- c) to appoint the Secretary-General on the recommendation of the Council;
- d) to approve the Financial Regulations of the Organisation;
- e) to lay down general guidelines for the administration of the Organisation;
- f) to approve the staff regulations applicable to the personnel of the Secretariat;
- g) to elect the auditors on the recommendation of the Council;
- h) to approve the general programme of work of the Organisation;
- i) to supervise the financial policies of the Organisation and to review and approve the budget;
- j) to establish any technical or regional body which may become necessary;
- k) to consider and approve reports on the activities of the Organisation and of its organs and to take all necessary steps to give effect to the measures which arise from them;
- l) to approve or to delegate the power to approve the conclusion of agreements with governments and international organisations;
- m) to approve or to delegate the power to approve the conclusion of agreements with private organisations or private entities;
- n) to prepare and recommend international agreements on any question that falls within the competence of the Organisation;
- o) to decide, in accordance with the present Statutes, on applications for membership.

Article 13

1. The Assembly shall elect its President and Vice-Presidents at the beginning of each session.

2. The President shall preside over the Assembly and shall carry out the duties which are entrusted to him.

3. The President shall be responsible to the Assembly while it is in session.

4. The President shall represent the Organisation for the duration of his term of office on all occasions on which such representation is necessary.

Executive Council

Article 14

1. The Council shall consist of Full Members elected by the Assembly at the ratio of one member for every five Full Members, in accordance with the Rules of Procedure laid down by the Assembly, with a view to achieving fair and equitable geographical distribution.

Artikel 11

Die Versammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 12

Die Versammlung kann jede Frage behandeln und zu jeder Angelegenheit Empfehlungen abgeben, die zum Aufgabenbereich der Organisation gehören. Außer den ihr durch andere Bestimmungen dieser Satzung übertragenen Aufgaben nimmt die Versammlung folgende Aufgaben wahr:

- a) Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten;
- b) Wahl der Ratsmitglieder;
- c) Ernennung des Generalsekretärs auf Empfehlung des Rates;
- d) Genehmigung der Finanzordnung der Organisation;
- e) Festlegung der allgemeinen Richtlinien für den Geschäftsgang der Organisation;
- f) Genehmigung der Personalordnung für das Personal des Sekretariats;
- g) Wahl der Rechnungsprüfer auf Empfehlung des Rates;
- h) Genehmigung des allgemeinen Arbeitsprogramms der Organisation;
- i) Überwachung der Finanzpolitik der Organisation sowie Nachprüfung und Genehmigung des Haushalts;
- j) Einrichtung von fachlichen oder regionalen Stellen, falls erforderlich;
- k) Prüfung und Genehmigung von Berichten über die Tätigkeit der Organisation und ihrer Organe sowie Einleitung der erforderlichen Schritte, um den gewünschten Maßnahmen Wirkung zu verleihen;
- l) Genehmigung oder Ermächtigung zur Genehmigung des Abschlusses von Übereinkünften mit Regierungen und internationalen Organisationen;
- m) Genehmigung oder Ermächtigung zur Genehmigung des Abschlusses von Übereinkünften mit privaten Organisationen oder sonstigen privaten Rechtsträgern;
- n) Vorbereitung und Empfehlung von internationalen Übereinkünften über alle Fragen, die zum Aufgabenbereich der Organisation gehören;
- o) Beschlüsse über Anträge auf Mitgliedschaft entsprechend dieser Satzung.

Artikel 13

(1) Die Versammlung wählt zu Beginn jeder Tagung ihren Präsidenten und die Vizepräsidenten.

(2) Der Präsident leitet die Versammlung und nimmt die ihm obliegenden Pflichten wahr.

(3) Der Präsident ist der Versammlung während der Tagung verantwortlich.

(4) Der Präsident vertritt die Organisation für die Dauer seiner Amtszeit in allen erforderlichen Fällen.

Exekutivrat

Artikel 14

(1) Der Rat setzt sich aus Vollmitgliedern zusammen, die von der Versammlung so gewählt werden, daß auf fünf Vollmitglieder ein Ratsmitglied kommt; die Wahl vollzieht sich nach Maßgabe der von der Versammlung beschlossenen Geschäftsordnung; dabei ist auf eine angemessene und gerechte geographische Verteilung der Sitze zu achten.

2. One Associate Member selected by the Associate Members of the Organisation may participate in the work of the Council without the right to vote.

3. A representative of the Committee of Affiliate Members may participate in the work of the Council without the right to vote.

Article 15

The term of elected members shall be four years except that the terms of one-half of the members of the first Council, as determined by lot, shall be two years. Election for one-half of the membership of the Council shall be held every two years.

Article 16

The Council shall meet at least twice a year.

Article 17

The Council shall elect a Chairman and Vice-Chairman from among its elected members to serve for a term of one year.

Article 18

The Council shall adopt its own Rules of Procedure.

Article 19

The functions of the Council, other than those which are elsewhere assigned to it in these Statutes, shall be:

- a) to take all necessary measures, in consultation with the Secretary-General, for the implementation of the decisions and recommendations of the Assembly and to report thereon to the Assembly;
- b) to receive from the Secretary-General reports on the activities of the Organisation;
- c) to submit proposals to the Assembly;
- d) to examine the general programme of work of the Organisation as prepared by the Secretary-General, prior to its submission to the Assembly;
- e) to submit reports and recommendations on the Organisation's accounts and budget estimates to the Assembly;
- f) to set up any subsidiary body which may be required by its own activities;
- g) to carry out any other functions which may be entrusted to it by the Assembly.

Article 20

Between sessions of the Assembly and in the absence of any contrary provisions in these Statutes, the Council shall take such administrative and technical decisions as may be necessary, within the functions and financial resources of the Organisation, and shall report the decisions which have been taken to the Assembly at its following session, for approval.

Secretariat

Article 21

The Secretariat shall consist of the Secretary-General and such staff as the Organisation may require.

Article 22

The Secretary-General shall be appointed by a two-thirds majority of Full Members present and voting in the Assembly, on the recommendation of the Council, and for a term of four years. His appointment shall be renewable.

(2) Ein von den assoziierten Mitgliedern der Organisation bestimmtes assoziiertes Mitglied kann an den Arbeiten des Rates ohne Stimmrecht teilnehmen.

(3) Ein Vertreter des Ausschusses der angeschlossenen Mitglieder kann an den Arbeiten des Rates ohne Stimmrecht teilnehmen.

Artikel 15

Die Amtszeit der gewählten Mitglieder beträgt vier Jahre mit der Maßgabe, daß die Amtszeit der Hälfte der Mitglieder des ersten Rates, die durch das Los bestimmt wird, zwei Jahre beträgt. Die Wahl der Hälfte der Ratsmitglieder findet alle zwei Jahre statt.

Artikel 16

Der Rat tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen.

Artikel 17

Der Rat wählt für die Dauer eines Jahres aus der Mitte seiner gewählten Mitglieder einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Artikel 18

Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 19

Außer den ihm durch andere Bestimmungen dieser Satzung zugewiesenen Aufgaben nimmt der Rat folgende Aufgaben wahr:

- a) Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen im Benehmen mit dem Generalsekretär zur Durchführung der Beschlüsse und Empfehlungen der Versammlung und Berichterstattung darüber an die Versammlung;
- b) Entgegennahme der Berichte des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Organisation;
- c) Unterbreitung von Vorschlägen an die Versammlung;
- d) Prüfung des vom Generalsekretär erstellten allgemeinen Arbeitsprogramms der Organisation vor seiner Überweisung an die Versammlung;
- e) Vorlage von Berichten und Empfehlungen zur Rechnungslegung und zum Haushaltsvoranschlag der Organisation an die Versammlung;
- f) Einrichtung nachgeordneter Stellen, soweit sie auf Grund seiner eigenen Tätigkeit notwendig erscheinen;
- g) Durchführung aller anderen Aufgaben, die ihm von der Versammlung übertragen werden.

Artikel 20

Zwischen den Tagungen der Versammlung und soweit Bestimmungen dieser Satzung nicht entgegenstehen, faßt der Rat die im Rahmen der Aufgaben und der finanziellen Mittel der Organisation notwendigen verwaltungsmäßigen und fachlichen Beschlüsse; er erstattet darüber der Versammlung auf ihrer nächsten Tagung zwecks Genehmigung Bericht.

Sekretariat

Artikel 21

Das Sekretariat besteht aus dem Generalsekretär und dem von der Organisation benötigten Personal.

Artikel 22

Der Generalsekretär wird auf Empfehlung des Rates mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder der Versammlung für die Dauer von vier Jahren ernannt. Seine Wiederernennung ist zulässig.

Article 23

1. The Secretary-General shall be responsible to the Assembly and Council.

2. The Secretary-General shall carry out the direction of the Assembly and Council. He shall submit to the Council reports on the activities of the Organisation, its accounts and the draft general programme of work and budget estimates of the Organisation.

3. The Secretary-General shall ensure the legal representation of the Organisation.

Article 24

1. The Secretary-General shall appoint the staff of the Secretariat in accordance with staff regulations approved by the Assembly.

2. The staff of the Organisation shall be responsible to the Secretary-General.

3. The paramount consideration in the recruitment of staff and in the determination of the conditions of service shall be the necessity of securing the highest standards of efficiency, technical competence and integrity. Subject to this consideration, due regard shall be paid to the importance of recruiting the staff on as wide a geographical basis as possible.

4. In the performance of their duties the Secretary-General and staff shall not seek or receive instructions from any government or any other authority external to the Organisation. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials responsible only to the Organisation.

Budget and expenditure**Article 25**

1. The budget of the Organisation, covering its administrative functions and the general programme of work, shall be financed by contributions of the Full, Associate and Affiliate Members according to a scale of assessment accepted by the Assembly and from other possible sources of receipts for the Organisation in accordance with the Financing Rules which are attached to these Statutes and form an integral part thereof.

2. The budget prepared by the Secretary-General shall be submitted by the Council to the Assembly for examination and approval.

Article 26

1. The accounts of the Organisation shall be examined by two auditors elected by the Assembly on the recommendation of the Council for a period of two years. The auditors shall be eligible for re-election.

2. The auditors, in addition to examining the accounts, may make such observations as they deem necessary with respect to the efficiency of the financial procedures and management, the accounting system, the internal financial controls and, in general, the financial consequences of administrative practices.

Quorum**Article 27**

1. The presence of a majority of the Full Members shall be necessary to constitute a quorum at meetings of the Assembly.

Artikel 23

(1) Der Generalsekretär ist der Versammlung und dem Rat verantwortlich.

(2) Der Generalsekretär hat die Weisungen der Versammlung und des Rates auszuführen. Er legt dem Rat die Berichte über die Tätigkeit der Organisation, die Rechnungslegung, den Entwurf des allgemeinen Arbeitsprogramms und den Haushaltsvorschlag der Organisation vor.

(3) Der Generalsekretär nimmt die rechtliche Vertretung der Organisation wahr.

Artikel 24

(1) Der Generalsekretär stellt das Sekretariatspersonal entsprechend der von der Versammlung genehmigten Personalordnung ein.

(2) Das Personal der Organisation untersteht dem Generalsekretär.

(3) Bei der Einstellung des Personals und bei der Bestimmung des Dienstverhältnisses ist insbesondere dem Erfordernis Rechnung zu tragen, ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, Fachwissen und Zuverlässigkeit zu gewährleisten. Abgesehen von diesem Erfordernis ist bei der Einstellung des Personals gebührend auf eine möglichst weite geographische Verteilung zu achten.

(4) Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dürfen der Generalsekretär und das Personal von einer Regierung oder einer anderen Stelle außerhalb der Organisation weder Weisungen annehmen noch um solche ersuchen. Sie haben sich jeder Tätigkeit zu enthalten, die mit ihrer Stellung als internationale, allein der Organisation verantwortliche Bedienstete unvereinbar ist.

Haushalt und Ausgaben**Artikel 25**

(1) Der für die verwaltungsmäßige Tätigkeit und das allgemeine Arbeitsprogramm bestimmte Haushalt der Organisation wird durch Beiträge der Vollmitglieder, der assoziierten und der angeschlossenen Mitglieder nach einer von der Versammlung zu beschließenden Bemessungstabelle und aus anderen möglichen Einnahmen der Organisation nach Maßgabe der dieser Satzung als Bestandteil derselben beigefügten Finanzordnung gedeckt.

(2) Der Rat legt der Versammlung den vom Generalsekretär aufgestellten Haushalt zur Prüfung und Genehmigung vor.

Artikel 26

(1) Die Rechnungslegung der Organisation wird durch zwei von der Versammlung auf Empfehlung des Rates für die Dauer von zwei Jahren bestellte Prüfer geprüft; ihre Wiederwahl ist zulässig.

(2) Außer ihren Prüfungsaufgaben können die Rechnungsprüfer von ihnen für erforderlich erachtete Bemerkungen vorbringen, die sich auf die Zweckmäßigkeit des finanziellen Verfahrens und der Finanzwirtschaft, das Abrechnungssystem, die interne Finanzkontrolle und ganz allgemein auf die finanziellen Auswirkungen des Verwaltungsablaufs beziehen.

Beschlußfähigkeit**Artikel 27**

(1) Die Versammlung ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Vollmitglieder in der Sitzung anwesend ist.

2. The presence of a majority of the Full Members of the Council shall be necessary to constitute a quorum at meetings of the Council.

Voting

Article 28

Each Full Member shall be entitled to one vote.

Article 29

1. Subject to other provisions of the present Statutes, decisions on all matters shall be taken in the Assembly by a simple majority of Full Members present and voting.

2. A two-thirds majority vote of the Full Members, present and voting, shall be necessary to take decisions on matters involving budgetary and financial obligations of the Members, the location of the headquarters of the Organisation, and other questions deemed of particular importance by a simple majority of the Full Members present and voting at the Assembly.

Article 30

Decisions of the Council shall be made by a simple majority of Members present and voting except on budgetary and financial recommendations which shall be approved by a two-thirds majority of Members present and voting.

Legal personality, privileges and immunities

Article 31

The Organisation shall have legal personality.

Article 32

The Organisation shall enjoy in the territories of its Member States the privileges and immunities required for the exercise of its functions. Such privileges and immunities may be defined by agreements concluded by the Organisation.

Amendments

Article 33

1. Any suggested amendment to the present Statutes and its Annex shall be transmitted to the Secretary-General who shall circulate it to the Full Members at least six months before being submitted to the consideration of the Assembly.

2. An amendment shall be adopted by the Assembly by a two-thirds majority of Full Members present and voting.

3. An amendment shall come into force for all Members when two-thirds of the Member States have notified the Depository Government of their approval of such amendment.

Suspension of membership

Article 34

1. If any Member is found by the Assembly to persist in a policy that is contrary to the fundamental aim of the Organisation as mentioned in Article 3 of these Statutes, the Assembly may, by a resolution adopted by a majority of two-thirds of Full Members present and voting, suspend such Member from exercising the rights and enjoying the privileges of membership.

(2) Der Rat ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit der Vollmitglieder des Rates in der Sitzung anwesend ist.

Abstimmung

Artikel 28

Jedes Vollmitglied hat eine Stimme.

Artikel 29

(1) Vorbehaltlich anderer Bestimmungen dieser Satzung werden die Beschlüsse der Versammlung über alle Angelegenheiten mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder gefaßt.

(2) Beschlüsse über haushaltsmäßige und finanzielle Verpflichtungen der Mitglieder, über den Sitz der Organisation und über sonstige Fragen, welche die Versammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder für besonders wichtig hält, bedürfen der Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder.

Artikel 30

Die Beschlüsse des Rates werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder gefaßt; jedoch bedürfen Beschlüsse über Empfehlungen, die den Haushalt oder finanzielle Angelegenheiten betreffen, der Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder.

Rechtspersönlichkeit, Vorrechte und Immunitäten

Artikel 31

Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit.

Artikel 32

Die Organisation genießt in den Hoheitsgebieten ihrer Mitgliedstaaten die Vorrechte und Immunitäten, derer sie zur Ausübung ihrer Tätigkeit bedarf. Diese Vorrechte und Immunitäten werden durch mit der Organisation zu schließende Übereinkünfte näher bestimmt.

Anderungen

Artikel 33

(1) Änderungsvorschläge zu dieser Satzung und ihrer Anlage werden dem Generalsekretär übermittelt, der sie den Vollmitgliedern mindestens sechs Monate vor ihrer Prüfung durch die Versammlung zuleitet.

(2) Eine Änderung bedarf der Annahme durch die Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder der Versammlung.

(3) Eine Änderung tritt für alle Mitglieder in Kraft, wenn zwei Drittel der Mitgliedstaaten der Verwahrregierung mitgeteilt haben, daß sie die Änderung genehmigen.

Zeitweiliger Ausschluß von der Mitgliedschaft

Artikel 34

(1) Stellt die Versammlung fest, daß ein Mitglied beharrlich eine Politik verfolgt, die den in Artikel 3 niedergelegten Grundzielen der Organisation widerspricht, so kann sie dieses Mitglied durch eine mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vollmitglieder gefaßte Entschliebung von der Ausübung seiner Rechte und den Vorteilen der Mitgliedschaft zeitweilig ausschließen.

2. The suspension shall remain in force until a change of such policy is recognised by the Assembly.

Withdrawal from membership

Article 35

1. Any Full Member may withdraw from the Organisation on the expiry of one year's notice in writing to the Depository Government.

2. Any Associate Member may withdraw from the Organisation on the same conditions of notice, provided the Depository Government has been notified in writing by the Full Member which is responsible for the external relations of that Associate Member.

3. An Affiliate Member may withdraw from the Organisation on the expiry of one year's notice in writing to the Secretary-General.

Entry into force

Article 36

The present Statutes shall enter into force one-hundred-and-twenty days after fifty-one States whose official tourism organisations are Full Members of IUOTO at the time of adoption of these Statutes, have formally signified to the provisional Depository their approval of the Statutes and their acceptance of the obligations of membership.

Depository

Article 37

1. These Statutes and any declarations accepting the obligations of Membership shall be deposited for the time being with the Government of Switzerland.

2. The Government of Switzerland shall notify all States entitled to receive such notification of the receipt of such declarations and of the date of entry into force of these Statutes.

Interpretation and languages

Article 38

The official languages of the Organisation shall be English, French, Russian and Spanish.

Article 39

The English, French, Russian and Spanish texts of these Statutes shall be regarded as equally authentic.

Transitional provisions

Article 40

The headquarters shall provisionally be in Geneva, Switzerland, pending a decision by the General Assembly under Article 2.

Article 41

During a period of one-hundred-and-eighty days after these Statutes enter into force, States Members of the United Nations, the specialised agencies and the International Atomic Energy Agency or Parties to the Statute of the International Court of Justice shall have the right to become Full Members of the Organisation, without requirement of vote, on formally declaring that they adopt the Statutes of the Organisation and accept the obligations of membership.

(2) Der zeitweilige Ausschluß bleibt so lange wirksam, bis die Versammlung eine Änderung der Politik des Mitglieds festgestellt hat.

Austritt

Artikel 35

(1) Jedes Vollmitglied kann ein Jahr nach dem Zeitpunkt, zu dem es der Verwahrregierung schriftlich Mitteilung gemacht hat, aus der Organisation austreten.

(2) Jedes assoziierte Mitglied kann unter den gleichen Bedingungen aus der Organisation austreten, sofern das Vollmitglied, das für die auswärtigen Beziehungen dieses assoziierten Mitglieds verantwortlich ist, der Verwahrregierung den Austritt schriftlich notifiziert hat.

(3) Jedes angeschlossene Mitglied kann ein Jahr nach dem Zeitpunkt, zu dem es dem Generalsekretär schriftlich Mitteilung gemacht hat, aus der Organisation austreten.

Inkrafttreten

Artikel 36

Diese Satzung tritt einhundertzwanzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem einundfünfzig Staaten, deren amtliche Organisationen für Tourismus zur Zeit der Annahme der Satzung Vollmitglieder der IUOTO waren, der vorläufigen Verwahrregierung förmlich die Genehmigung der Satzung und die Übernahme der sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen mitgeteilt haben.

Verwahrer

Artikel 37

(1) Diese Satzung und jede Erklärung über die Annahme der sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen werden vorerst bei der Regierung der Schweiz hinterlegt.

(2) Die Regierung der Schweiz notifiziert allen hierzu berechtigten Staaten den Eingang dieser Erklärungen und das Datum des Inkrafttretens dieser Satzung.

Auslegung und Sprachen

Artikel 38

Die Amtssprachen der Organisation sind Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch.

Artikel 39

Der englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieser Satzung gilt als gleichermaßen verbindlich.

Übergangsbestimmungen

Artikel 40

Bis zu einem Beschluß der Generalversammlung nach Artikel 2 ist Genf, Schweiz, vorläufiger Sitz der Organisation.

Artikel 41

Während eines Zeitraums von einhundertachtzig Tagen nach dem Zeitpunkt, zu dem diese Satzung in Kraft tritt, haben die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation sowie die Vertragsstaaten der Satzung des Internationalen Gerichtshofs das Recht, ohne das Erfordernis einer Abstimmung Vollmitglieder der Organisation zu werden, indem sie förmlich erklären, daß sie deren Satzung annehmen und die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen eingehen.

Article 42

During the year following the entry into force of the present Statutes, States whose national tourism organisations were members of IUOTO at the time of adoption of these Statutes and which have adopted the present Statutes subject to approval may participate in the activities of the Organisation with the rights and obligations of a Full Member.

Article 43

During the year following the entry into force of the present Statutes, territories or groups of territories not responsible for their external relations but whose tourism organisations were Full Members of IUOTO and are therefore entitled to Associate membership and which have adopted the Statutes subject to approval by the State which assumes responsibility for their external relations may participate in the activities of the organisation with the rights and obligations of an Associate Member.

Article 44

When the present Statutes come into force, the rights and obligations of IUOTO shall be transferred to the Organisation.

Article 45

The Secretary-General of IUOTO at the time of the entry into force of the present Statutes shall act as Secretary-General of the Organisation until such time as the Assembly has elected the Secretary-General of the Organisation.

DONE at Mexico City on 27 September 1970.

Artikel 42

Während des auf das Inkrafttreten dieser Satzung folgenden Jahres können Staaten, deren eigene Organisationen für Tourismus bei der Annahme dieser Satzung Mitglieder der IUOTO waren und die diese Satzung unter dem Vorbehalt der Genehmigung angenommen haben, mit den Rechten und Pflichten eines Vollmitglieds an der Arbeit der Organisation teilnehmen.

Artikel 43

Während des auf das Inkrafttreten dieser Satzung folgenden Jahres können Hoheitsgebiete oder Gruppen von Hoheitsgebieten, die nicht selbst für ihre auswärtigen Beziehungen verantwortlich sind, deren Organisationen für Tourismus jedoch Vollmitglieder der IUOTO waren und deshalb Anspruch auf assoziierte Mitgliedschaft haben, mit den Rechten und Pflichten eines assoziierten Mitglieds an der Arbeit der Organisation teilnehmen, wenn sie die Satzung unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Staates angenommen haben, der für ihre auswärtigen Beziehungen verantwortlich ist.

Artikel 44

Sobald diese Satzung in Kraft tritt, gehen die Rechte und Pflichten der IUOTO auf die Organisation über.

Artikel 45

Der Generalsekretär der IUOTO wird mit Inkrafttreten dieser Satzung so lange als Generalsekretär der Organisation tätig, bis die Versammlung den Generalsekretär der Organisation gewählt hat.

GESCHEHEN zu Mexiko-Stadt am 27. September 1970

Anlage

Finanzordnung

Annex

Financing rules

1. The financial period of the Organisation shall be two years.
2. The financial year shall be from 1 January to 31 December.
3. The budget shall be financed by the contributions of the Members according to a method of apportionment to be determined by the Assembly, based on the level of economic development of and the importance of tourism in each country, and by other receipts of the Organisation.
4. The budget shall be formulated in United States dollars. The currency used for the payment of contributions shall be the United States dollar. This shall not preclude acceptance by the Secretary-General, to the extent authorised by the Assembly, of other currencies in payment of Members' contributions.
5. A General Fund shall be established. All membership contributions made pursuant to paragraph 3, miscellaneous income and any advances from the Working Capital Fund shall be credited to the General Fund. Expenditure for administration and the general programme of work shall be paid out of the General Fund.
6. A Working Capital Fund shall be established, the amount of which is to be fixed by the Assembly. Advance contributions of Members and any other budget receipts which the Assembly decides may be so used, shall be paid into the Working Capital Fund. When required, amounts therefrom shall be transferred to the General Fund.
7. Funds-in-trust may be established to finance activities not provided for in the budget of the Organisation which are of interest to some member countries or groups of countries. Such Funds shall be financed by voluntary contributions. A fee may be charged by the Organisation to administer these Funds.
8. The Assembly shall determine the utilisation of gifts, legacies and other extraordinary receipts not included in the budget.
9. The Secretary-General shall submit the budget estimates to the Council at least three months before the appropriate meeting of the Council. The Council shall examine these estimates and shall recommend the budget to the Assembly for final examination and approval. The Council's estimates shall be sent to Members at least three months before the appropriate session of the Assembly.
10. The Assembly shall approve the budget by years for the succeeding two-year financial period and its annual apportionment, as well as its administrative accounts for each year.
11. The accounts of the Organisation for the last financial year shall be transmitted by the Secretary-General to the auditors and to the competent organ of the Council.
The auditors shall report to the Council and to the Assembly.
1. Die Finanzperiode der Organisation beträgt zwei Jahre.
2. Das Finanzjahr umfaßt die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember.
3. Der Haushalt wird aus den Beiträgen der Mitglieder nach einem von der Versammlung festzusetzenden Schlüssel, der sich nach dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und der Bedeutung des Tourismus in jedem Land richtet, sowie aus anderen Einkünften der Organisation finanziert.
4. Der Haushalt wird in amerikanischen Dollars festgelegt. Die Zahlung der Beiträge erfolgt in Dollarkwährung. Dies schließt nicht aus, daß der Generalsekretär in dem von der Versammlung gebilligten Umfang Mitgliedsbeiträge in anderen Währungen entgegennimmt.
5. Es wird ein Hauptfonds eingerichtet. Alle Mitgliedsbeiträge nach Nummer 3, verschiedene Einnahmen und Vorauszahlungen vom Betriebsmittelfonds werden dem Hauptfonds gutgeschrieben. Ausgaben für die Verwaltung und das allgemeine Arbeitsprogramm werden aus dem Hauptfonds bestritten.
6. Es wird ein Betriebsmittelfonds eingerichtet, dessen Höhe die Versammlung bestimmt. Vorauszahlungen auf die Mitgliedsbeiträge und andere Haushaltseinnahmen, welche die Versammlung hierfür vorsieht, fließen dem Betriebsmittelfonds zu. Falls erforderlich, werden Beträge davon auf den Hauptfonds übertragen.
7. Es können Treuhandfonds zur Finanzierung von Tätigkeiten eingerichtet werden, die im Haushalt der Organisation nicht vorgesehen, aber für einige Länder oder Ländergruppen von Interesse sind. Diese Fonds werden durch freiwillige Beiträge finanziert. Für die Verwaltung dieser Fonds kann die Organisation eine Gebühr berechnen.
8. Die Versammlung bestimmt die Verwendung von Schenkungen, Vermächtnissen und anderen besonderen Einnahmen, die nicht im Haushalt enthalten sind.
9. Der Generalsekretär legt dem Rat mindestens drei Monate vor dessen dafür vorgesehenen Sitzung die Haushaltsvoranschläge vor. Der Rat prüft diese Voranschläge und empfiehlt den Haushalt der Versammlung zur endgültigen Prüfung und Billigung. Die Voranschläge des Rates müssen den Mitgliedern mindestens drei Monate vor der dafür vorgesehenen Tagung der Versammlung zugehen.
10. Die Versammlung billigt die einzelnen Jahreshaushalte jeweils für die folgende Finanzperiode von zwei Jahren und ebenso die jährliche Aufteilung sowie die Verwaltungsrechnungen für jedes Jahr.
11. Die Rechnungslegung der Organisation für das vergangene Finanzjahr wird vom Generalsekretär den Prüfern und dem zuständigen Organ des Rates übermittelt.
Die Prüfer erstatten dem Rat und der Versammlung Bericht.

12. The Members of the Organisation shall pay their contribution in the first month of the financial year for which it is due. Members shall be notified of the amount of their contribution, as determined by the Assembly, six months before the beginning of the financial year to which it relates.

However, the Council may approve justified cases of arrears due to different financial years existing in different countries.

13. A Member which is in arrears in the payment of its financial contributions to the Organisation's expenditure shall be deprived of the privileges enjoyed by the Members in the form of services and the right to vote in Assembly and the Council if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two financial years. At the request of the Council, the Assembly may, however, permit such a Member to vote and to enjoy the services of the Organisation if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the Member.

14. A Member withdrawing from the Organisation shall be liable for assessments on a pro rata basis up to the time the withdrawal becomes effective.

In calculating the assessments of Associate and Affiliate Members, account shall be taken of the different bases of their membership and the limited rights they enjoy within the Organisation.

12. Die Mitglieder der Organisation haben ihren Beitrag im ersten Monat des Finanzjahrs zu zahlen, in dem er fällig ist. Den Mitgliedern ist die Höhe ihres Beitrags, wie sie von der Versammlung festgesetzt ist, sechs Monate vor Beginn des entsprechenden Finanzjahrs mitzuteilen.

Der Rat kann jedoch berechtigte Fälle von Rückständen auf Grund anderer Finanzjahre zulassen, wie sie in verschiedenen Ländern bestehen.

13. Ein Mitglied, das mit der Zahlung seiner finanziellen Beiträge zu den Ausgaben der Organisation im Rückstand ist, verliert die Vorrechte, die den Mitgliedern in Form von Leistungen zustehen, sowie das Stimmrecht in der Versammlung und im Rat, wenn die Höhe des Rückstands dem fälligen Beitrag für zwei vorangegangene Finanzjahre entspricht oder ihn überschreitet. Auf Ersuchen des Rates kann jedoch die Versammlung dem Mitglied gestatten, sein Stimmrecht auszuüben und die Leistungen der Organisation in Anspruch zu nehmen, wenn sie überzeugt ist, daß der Zahlungsrückstand auf Umständen beruht, für die das Mitglied nicht verantwortlich ist.

14. Ein Mitglied, das aus der Organisation austritt, ist zu einer anteiligen Leistung bis zu dem Zeitpunkt verpflichtet, zu dem der Austritt wirksam wird.

Bei der Berechnung der Leistungen von assoziierten und angeschlossenen Mitgliedern sind der unterschiedliche Charakter ihrer Mitgliedschaft und die begrenzten Rechte zu berücksichtigen, die sie innerhalb der Organisation genießen.

DONE at Mexico City on 27 September 1970.

GESCHEHEN zu Mexiko-Stadt am 27. September 1970

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens
über konsularische Beziehungen**

Vom 15. Dezember 1975

Das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963
über konsularische Beziehungen (Bundesgesetzbl.
1969 II S. 1585) ist nach seinem Artikel 77 Abs. 2 für

Griechenland	am 13. November 1975
Kuwait	am 30. August 1975
Nicaragua	am 30. November 1975

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die
Bekanntmachung vom 15. Juli 1975 (Bundesgesetz-
blatt II S. 1121).

Bonn, den 15. Dezember 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dreher

Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 298. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 30. November 1975, ist im Bundesanzeiger Nr. 238 vom 23. Dezember 1975 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen
alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs

sowie Hinweise auf die

Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen
und

auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht
enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 238 vom 23. Dezember 1975 kann zum Preis von 1,- DM (einschl. Versandgebühr) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“ Köln 834 00-502 bezogen werden.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 6 24, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 DM (3,30 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,10 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.